



**Bund der Steuerzahler
Nordrhein-Westfalen e.V.**



**FAIRE ABWASSER-
GEBÜHREN. JETZT.**



**Geschäftsbericht 2021/2022
Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e.V.**

Inhalt

Vorwort des Vorstands		
Aus der Arbeit des Verwaltungsrates		
Das fordert Ihr BdSt NRW		
Das hat Ihr BdSt NRW für Sie erreicht		
Vertretungsbefugnis	10	
Straßenbaubeitrag abgeschafft	10	
Regelung Erschließungsbeitrag	10	
Abwassergebühren Musterprozess gewonnen	11	
Agentur für Arbeit: Maßnahme gestoppt	11	
Entlastung bei Grunderwerbsteuer	12	
Casinos verkauft	12	
Grundsteuer Mettmann	12	
Das hat Ihr BdSt NRW für Sie gemacht		
Gebührenvergleich Abfall und Abwasser	13	
BdSt-Wahlarena	14	
Das Schwarzbuch	16	
Unsere Webinare	17	
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit		
Ihr BdSt NRW in den Medien	18	
Immer aktuell informiert	19	
Ihr BdSt NRW recherchiert für Sie	20	
Ihr BdSt NRW informiert Verbraucher		
Hundesteuer	21	
Verwaltungsgebühren	21	
Friedhofsgebühren	21	
Ihr BdSt nimmt Einfluss		
Anhörungen im Landtag	22	
Corona-Schulden	24	
So gelingt kommunale Finanzpolitik	25	
Grundsteuer B steigt stetig	26	
Grunderwerbsteuer	27	
Grundsteuerreform	27	
5 Ihr BdSt streitet für Ihr Recht		
Aktuelle Musterverfahren des BdSt		28
7 Sozialpolitik		
8 Umstrittene Pflegekammer		31
Ihr BdSt NRW setzt sich ein und informiert		
Webinare		32
Service-Themenseiten im Internet		32
Service für Arbeitnehmer		32
Service für Steuerberater		32
Service für Sportvereine		32
Broschüren		32
Die Meinung unserer Mitglieder und Mitstreiter		33
Das ist Ihr Bund der Steuerzahler		
Vorstand, Verwaltungsrat, Mitarbeiter, Vereinsregister, Gemeinnützigkeit		34
Der Bundesverband und das deutsche Steuerzahlerinstitut		35
Mitgliederentwicklung Beitragsentwicklung und Finanzen		36
Spenden für das DSI		37
Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des BdSt NRW		
Fernsehauftritte		38
O-Töne im Hörfunk		40
Neue Recherchen		41
Pressekonferenzen, Redaktionsbesuche, Telefon-Aktionen		47
Vorträge, Diskussionen und Anhörungen Gespräche mit Politik, Verwaltung und Verbänden		49
Besuch von Veranstaltungen		51
Webinare		52

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e.V.
Vorsitzender Rik Steinheuer
Schillerstraße 14
40237 Düsseldorf

Vereinsregister Amtsgericht Düsseldorf VR 3367

Telefon 0211 99175-0
E-Mail: info@steuerzahler-nrw.de
www.steuerzahler.de/nrw
www.facebook.com/Steuerzahlerbund

Druck: Eigendruck (digital)
auf Canon imagerunner Advance C5535i

September 2022

Bilder/Grafiken: BdSt NRW
fotolia (Boris Zerwann, ferkelreggae, fotogestoeber, fotomek,
Franz Pfluegl, goodluz, Jeanette Dietl, Joachim Wendler, Kadmy,
kange_one, lassedesignen, macgyverhh, Marina Lohrbach,
M. Schuppich, Nmedia, Unclesam)
Olaf Rayermann
Oliver T. Müller
stock.adobe.com (Anatoly Tipliyashin, Andrej Jalanski, Andrey
Popov, contrastwerkstatt, CreativeWonder, Czanner, Guido
Grochowski, ijdema, imageteam, Kzenon, Mariia Petrakova,
Redpixel, rgb, Ricardo Ferrando, Robert Kneschke, Setareh,
stockpics, Vladislav Gajic, weyo)
Thomas Lammertz
Tony Hegewald (pixelio)

Erfolgreiche Arbeit schafft Veränderung

Liebe Mitglieder, Unterstützer und Freunde des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen,

auch wenn sich unsere Gedanken derzeit eher um die immer noch nicht ausgestandene Pandemie, den Krieg mitten in Europa, die Energiekrise oder die Inflation drehen, braucht unsere Gesellschaft unsere Vereinigung. Denn unabhängig von der weltpolitischen Lage, parteipolitisch neutral und finanziell autonom decken wir immer wieder Missstände auf und legen dar, wo aus Sicht der Steuer- und Abgabenzahler dringender Handlungsbedarf besteht. Dadurch sind wir für die Politik und die Verwaltung auf allen staatlichen Ebenen oft unbequem. Doch auch wenn unsere Forderungen nicht immer sofort bei jedem auf offene Ohren stoßen – unsere zahlreichen Gespräche mit Politikern, Institutionen und Verbänden, unsere spektakulären Aktionen sowie unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zahlen sich aus. Sie führen immer wieder zu positiven Veränderungen. Zwei aktuelle Beispiele, auf die wir im vorliegenden Geschäftsbericht auch noch ausführlicher eingehen: Die endgültige Abschaffung des Straßenbaubeitrags in Nordrhein-Westfalen ist im schwarz-grünen Koalitionsvertrag fest verabredet. Damit steht unsere vor vier Jahren gestartete Volksinitiative zur Abschaffung des Straßenbaubeitrags vor einem zwar verspäteten, aber vollständigen Erfolg. Es hat sich gelohnt, auch nach dem Zwischenerfolg vor zwei Jahren – seinerzeit wurde der ungeliebte Beitrag halbiert – am Ball zu bleiben und mit guten Argumenten weiterhin für die Komplettabschaffung einzutreten.

Auch mit der von uns seit Jahrzehnten kritisierten Pra-

xis, mit Gewinnen aus überhöhten Abwassergebühren die kommunalen Haushalte zu sanieren, ist endlich Schluss. Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen hat unsere Rechtsauffassung in dem von uns unterstützten Musterprozess auf ganzer Linie bestätigt. Vielerorts werden die Bürger und Unternehmen nun durch sinkende Abwassergebühren von unserem Einsatz profitieren.

Ein sehr wichtiger Teil unserer Arbeit besteht darin, allen Steuerzahlern – Mitgliedern wie Nichtmitgliedern – behilflich zu sein, im Steuerdschungel den Durchblick zu behalten. Wo die amtlichen Hinweise leider allzu oft in unverständlichem Bürokratendeutsch verfasst sind, leistet der Bund der Steuerzahler mit nützlichen Informationen in gedruckter oder digitaler Form Hilfe und Unterstützung. So erfreuen sich beispielsweise unsere vielen Live-Webinare zu den verschiedensten Steuerthemen enormer Beliebtheit. Allein in den Veranstaltungen zur neuen Grundsteuer konnten unsere Steuerexperten inzwischen mehrere tausend Teilnehmer begrüßen und fit machen, ihre Grundsteuerfeststellungserklärung korrekt abgeben zu können. In der kommenden Zeit wollen wir insbesondere die digitalen Informationsangebote und Kommunikationskanäle noch weiter ausbauen. Wir geben unser Wissen weiter, werden wachsen und an politischer Schlagkraft gewinnen.

Ihnen, unseren treuen Mitgliedern, Unterstützern und Gönnern, danken wir für Ihr vielfältiges Engagement gerade auch in dieser aktuell herausfordernden Zeit.



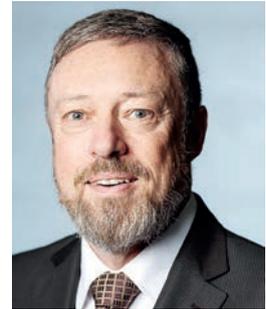
Rik Steinheuer
Vorsitzender



Eberhard Kanski
stv. Vorsitzender

Vertretung der Mitglieder des BdSt NRW

Aus der Arbeit des Verwaltungsrates



Knut Rüdiger Heine,
Verwaltungsratsvorsitzender

Stark in unruhigen Zeiten

Wir alle leben in schwierigen Zeiten. Ein zweites Mal veröffentlicht der Bund der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen einen Jahresbericht, der durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie maßgeblich beeinflusst ist. Unser Verband hat in dieser schwierigen Zeit, gerade auch angesichts sich immer wieder ändernder Vorschriften, mit allen Kräften seine Mitglieder unterstützt und ihnen Hilfen angeboten. So erfreuen sich die als neuer Service entwickelten Webinare großer Beliebtheit; in ihnen wird eine Vielzahl von aktuellen Themen aufgegriffen, durch sie werden viele Mitglieder und Interessierte schnell erreicht. Auf politischer Ebene setzte sich der BdSt im ständigen Austausch mit der Landesregierung für praxistaugliche Corona-Regelungen ein.

Nun belasten jeden Einzelnen von uns zusätzlich der Krieg und seine Folgen – und das zu einer Zeit, in der die Corona-Krise noch nicht ausgestanden ist. Dies stellt uns vor neue, schwierige Aufgaben.

Der Verwaltungsrat hat im Berichtszeitraum die ihm nach Gesetz und Vereinsatzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er ist vom Vorstand regelmäßig über den Gang der Geschäfte, grundsätzliche Fragen der Geschäftsführung und der Grundausrichtung, über die Lage und Entwicklung des Vereins und über bestehende Risiken, insbesondere im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, sowie über bedeutsame Geschäftsvorfälle eingehend unterrichtet worden, hat sich mit ihm hierüber beraten und sich von der Zweck- und Ordnungsmäßigkeit sowie der Wirtschaftlichkeit der Verbandsführung überzeugt. Der Verwaltungsratsvorsitzende stand zudem mit dem Vorstand in ständigem Kontakt, um wichtige Fragen zu aktuell anstehenden Entwicklungen und den strategischen Zielen zu erörtern.

Im Berichtszeitraum fanden zwei turnusmäßige Sitzungen des Verwaltungsrates statt. In der Sitzung am 5.10.2021 hat der Verwaltungsrat den Vorstand in seinem Amt bestätigt und Herrn Steinheuer erneut als Vorsitzenden bestimmt. Zur stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates wurde Frau Juana Bleker gewählt. Zudem hat der Verwaltungsrat den Haushaltsplan 2022 mit den wesentlichen Daten für die Ergebnis-, Finanz- und Personalplanung in dieser Sitzung nach ausführlicher Beratung beschlossen. Der Jahresabschluss für das

Geschäftsjahr 2021 ist von der Abschlussprüferin, die die Mitgliederversammlung gewählt hat, der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Kleinertz Heyers und Partner Treuhand KG, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Bericht wurde in die Aussprache und Prüfung des Jahresabschlusses am 17.5.2022 durch den Verwaltungsrat einbezogen, Einwendungen waren nicht zu erheben. Die Darstellung und Beurteilung der Lage des Verbands, die der Vorstand im Lagebericht abgibt, teilt der Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat billigte den Jahresabschluss zum 31.12.2021 und empfiehlt in Übereinstimmung mit dem Vorstand dessen Genehmigung durch die Mitgliederversammlung.

Im Oktober 2021 hat Herr Professor Dr. Cay Folkers nun auch sein Mandat im Verwaltungsrat niedergelegt. Der Verwaltungsrat bedankt sich bei ihm für die jahrzehntelange vertrauensvolle Arbeit im Gremium zum Wohle unseres Verbandes.

Dieser Geschäftsbericht macht Mut, weil er zeigt, wie engagiert und tatkräftig unser Verband ist und welches Potenzial auch in den kommenden Zeiten in ihm steckt. „Verbunden werden auch die Schwachen mächtig!“

Diese von Friedrich Schiller ausgedrückte Überzeugung, auf der freiwillige Zusammenschlüsse basieren, könnte auch ein Leitwort für uns Steuerzahler sein. Deshalb schafft die Zahl der Neueintritte Zuversicht, dass unser Verband auch künftig seine wachsenden Aufgaben erfüllen kann. Große Herausforderungen stehen nämlich an: Stichworte wie Inflation, kalte Progression, Stromsteuer, Subventionen, Abwassergebühren, Grundsteuer kennzeichnen sie; Einsparungen und Schuldenbremse hingegen sind in der Politik auch auf Landesebene nicht so beliebte Begriffe. Wir benötigen also auch in den kommenden Jahren Innovationskraft, Gestaltungswillen und Kreativität als Problemlöser für große Aufgaben.

Der BdSt befindet sich in einem kontinuierlichen Austausch nicht nur mit der Politik in Düsseldorf und vor Ort, sondern auch mit seinen Mitgliedern und passt sein Angebot ständig an die Situation an.

Im Rückblick auf das vergangene Jahr gilt also der große Dank erneut Ihnen, unseren Mitgliedern, die Sie durch Ihr Engagement entscheidend zu den erzielten Erfolgen beigetragen haben, aber auch dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verbandes, ohne deren Einsatz das Erreichte unmöglich gewesen wäre.

Das fordert Ihr BdSt NRW

Ein Durchschnittshaushalt führt 53 Prozent seines Einkommens durch Steuern und Abgaben an öffentliche Kassen ab. Die Belastungsgrenze ist damit längst überschritten. Deshalb scheiden noch höhere Steuern aus, um die vielen neuen Vorhaben der Politik in Berlin und Düsseldorf zu finanzieren – ebenso wie eine noch höhere Staatsverschuldung zu Lasten künftiger Generationen. Vielmehr sind eine konsequente Haushaltskonsolidierung auf der Ausgabenseite und Prioritätensetzung gefragt.

Rik Steinheuer, Vorsitzender BdSt NRW



Trotz Pandemie und Krieg sind die Steuereinnahmen in NRW nicht entscheidend eingebrochen. Um unser Bundesland zu stärken und attraktiv zu halten, sollten drei finanzpolitische Ziele angestrebt werden. Unsere Steuern sollten zukünftig schwerpunktmäßig in den Ausbau und die Reparatur der öffentlichen Infrastruktur fließen. Zweiter Ausgabenschwerpunkt muss die Digitalisierung werden. Und drittens sind umfassende Kredittilgungen geboten, gerade zum Zeitpunkt steigender Zinsen.

Eberhard Kanski, stellv. Vorsitzender BdSt NRW

Im Jahr des 50. Schwarzbuchs zeigt ein Blick in die alten Schwarzbücher: Bei einigen Ärgernissen wie luxuriösen Politikerreisen, teuren Empfängen und Einweihungsfeiern hat unsere Kritik im Laufe der Jahre zu einem Bewusstseinswandel geführt. Solche Fälle werden heute nur noch selten gemeldet. Anders sieht es beim Thema Baukostensteigerung aus. Früher wie heute eine große Baustelle der öffentlichen Hand. Dabei könnten sorgfältigere Planungen und größere Kostenehrlichkeit viel Steuergeld sparen.

Andrea Defeld, Pressereferentin



An die Wirtschaftlichkeit denken: Land und Kommunen fördern und investieren, um zu versorgen, zu korrigieren, zu erhalten, zu gestalten, zu helfen und diversen anderen Gründen. Dabei gerät die Wirtschaftlichkeit immer wieder in den Hintergrund. Das muss sich dringend ändern. Nur wenn wir heute wirtschaftlich mit Steuergeld umgehen, lassen wir uns morgen die Freiheit und die Möglichkeit, neue Herausforderungen finanzieren zu können.

Jens Ammann, Projektleiter Öffentliche Finanzen

Die Politik versucht mit Entlastungspaketen die Krisen zu bewältigen. Der Aufwand, der für die Umsetzung bei Verwaltung, Arbeitgebern und Beratern entsteht, steht dabei in keinem Verhältnis zu den mutmaßlich positiven Effekten. Steuersenkungen wären ein einfaches Mittel, um spürbare Entlastungen für alle Steuerzahler zu erreichen.

Sabina Büttner, Referentin für Steuer- und Sozialversicherungsrecht





So richtig es war, viel Geld anzufassen, um die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie für Unternehmen, Selbstständige, Bürgerinnen und Bürger abzufedern, so fatal ist es, die Rückzahlung dieser Corona-Schulden auf 50 Jahre zu verteilen. Unsere Enkelkinder, die zur Zeit der Pandemie noch gar nicht geboren waren, werden für diese Schuldentilgung noch ihr Portemonnaie aufmachen müssen.

Bärbel Hildebrand, Leiterin der Pressestelle

Der neue NRW-Landtag muss sich einen Ruck geben und endlich das Haushaltsrecht reformieren. Neben Produkthaushalten, einer kaufmännischen Rechnungsführung und einer bedarfsgerechten Kosten- und Leistungsrechnung muss auch die Bilanz „Konzern Land NRW“ aufgestellt werden.

Markus Berkenkopf, Haushaltsreferent



Wir alle produzieren Müll und Schmutzwasser auf den Grundstücken, auf denen wir leben und arbeiten. Für die Entsorgung dieser Hinterlassenschaften sind unsere Städte und Gemeinden in NRW zuständig. Dafür – und nur dafür – erhalten die Kommunen jedes Jahr Abfall- und Abwassergebühren von uns Bürgern. Wer aber versucht, über „Buchungstricks“ überhöhte Gebührensätze zu kalkulieren, wird auch in Zukunft mit erheblichem Gegenwind vom Bund der Steuerzahler NRW rechnen müssen.

Harald Schledorn, Gebührenreferent

Es besteht ein Ungleichgewicht im Strafmaß, das viele Bürgerinnen und Bürger verärgert. Bleibt der kleine Mann dem Staat Steuern schuldig, wird er hart bestraft. Wer jedoch öffentliche Gelder verschwendet, kommt meistens straffrei davon. Er schadet aber der Allgemeinheit und muss zur Verantwortung gezogen werden.

Janine Bergendahl, Redakteurin



Einfache Gesetzessprache und verständliche Steuerbescheide fördern die Akzeptanz von Steuerzahlungen. Beides haben uns die Steuerpolitiker und Finanzverwaltung seit Jahren versprochen. Es wird Zeit, dass das Projekt zügig umgesetzt wird.

Hans-Ulrich Liebern, Leiter der Steuerabteilung

Zu viel Bürokratie kostet Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger Zeit und Geld. Bürokratie entsteht bereits im Gesetzgebungsverfahren, beispielsweise durch komplexe Verfahren (z. B. Grundsteuer) und Prüfprozesse (z. B. Riesterzulage, Forschungszulage). Behörden sollten zwingend in jedem Gesetzgebungsverfahren Vorschläge zur Prozessvereinfachung und Digitalisierung machen und den Zeitraufwand für Behörden und Bürger berechnen. So wird Bürokratie messbar und werden Vereinfachungspotentiale sichtbar. Ohne diese Angaben sollten Gesetze nicht mehr beschlussfähig sein.

Ulrike Janitz-Seemann, Leiterin Verbandsmarketing



Das hat Ihr BdSt NRW für Sie erreicht



Straßenbaubeitrag abgeschafft

„Das Land Nordrhein-Westfalen übernimmt zu 100 Prozent die kommunalen Straßenausbaubeiträge in Nordrhein-Westfalen [...]“ So lautet der erste Satz der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Kommunen zur Entlastung von Beitragspflichtigen bei Straßenausbaumaßnahmen in Nordrhein-Westfalen“, kurz Förderrichtlinie Straßenausbaubeiträge. Weiter heißt es: „[...] was wiederum eine Reduzierung der von den Beitragspflichtigen gemäß § 8 Absatz 2 Satz 1 KAG auf Grund von Beitragsbescheiden zu tragenden Straßenausbaubeiträge auf null Euro zur Folge hat.“ Damit ist es nun laut Ministerialblatt vom 11. Mai 2022 amtlich: Der Straßenbaubeitrag ist de facto abgeschafft. Für eine Übergangszeit übernimmt das Land den kompletten Beitrag der Anwohner, bevor die neue Landesregierung das Kommunalabgabengesetz dahingehend ändert, dass der Straßenbaubeitrag endgültig abgeschafft ist. In der BdSt-Wahlarena Ende April erklärten die Vertreter von CDU und FDP, SPD und Grünen einheitlich, dass ihre Parteien den Straßenbaubeitrag abschaffen werden. So zeigt sich mit einiger Verspätung der Erfolg der Volksinitiative „Straßenbaubeitrag abschaffen!“, die der Bund der Steuerzahler NRW 2018 begonnen hatte und für die mehr als 472.000 Menschen unterschrieben hatten – mehr als je zuvor bei einer Volksinitiative in Nordrhein-Westfalen.



Musterprozess Abwassergebühren



Sieg für die Gebührenzahler

Entlastung für die Gebührenzahler: Die Kommunen dürfen bei der Kalkulation ihrer Abwassergebühren nur die Zinsen der letzten zehn Jahre zugrunde legen und müssen, wenn sie vom Wiederbeschaffungszeitwert abschreiben, die realen Zinsen berücksichtigen. Mit dieser Entscheidung im Musterprozess des Bundes der Steuerzahler NRW hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) NRW seine bisherige Rechtsprechung geändert. „Die Richter teilen voll und ganz unsere Auffassung“, erklärt BdSt-Vorsitzender Rik Steinheuer. „Abwassergebühren sind dazu da, die kommunale Abwasserbeseitigung sicherzustellen – und nicht, auf Kosten der Gebührenzahler satte Gewinne abzuschöpfen.“

Das Musterverfahren (Az. 9 A 1019/20) bezog sich auf die Klage eines Gebührenzahlers aus Oer-Erkenschwick, der die Abwassergebühren der Stadt für zu hoch hielt. Dem schloss sich das Oberverwaltungsgericht nun an. Die Entscheidung bedeutet, dass jetzt alle Kommunen, die ihren kalkulatorischen Zinssatz aus dem Durchschnitt der vergangenen 50 Jahre berechnet und zusätzlich einen Aufschlag genommen haben, ihre Zinssätze neu berechnen müssen. Zur Einordnung: Oer-Erkenschwick hat bisher einen Zinssatz von 6,52 %. Das OVG hält dagegen einen Zinssatz von nur 2,42 % für angemessen. Zudem dürfen Kommunen, die vom Wiederbeschaffungszeitwert abschreiben, nicht den Nominalzinssatz ansetzen, weil er ebenso wie der Wiederbeschaffungszeitwert selbst bereits die Inflation berücksichtigt. Ein doppelter Inflationsausgleich ist aber nicht zulässig. Sofern die Gebühren in der jeweiligen Kommune aufgrund

der rechtswidrigen Abwassergebührenkalkulation ebenfalls erhöht sind, folgt daraus die Rechtswidrigkeit der den Gebührenbescheiden zugrunde liegenden Satzung. Dies führt zur Aufhebung der Bescheide. Viele Kommunen haben die zahlreichen Widersprüche der Bürger unter Bezug auf die Rechtsprechung von 1994 zurückgewiesen. In diesen Fällen profitieren nur Bürger, die gegen die Widerspruchsbescheide Klage beim Verwaltungsgericht erhoben haben. Dies zeigt wieder einmal das bürgerunfreundliche Verhalten der Kommunen. Auf Kosten der Gebührenzahler haben sie viele Jahre Gebührenüberschüsse erzielt und dem Haushalt zugeführt. In zahlreichen Verfahren vor den Verwaltungsgerichten wurde dann durch die Kommunen abgeholfen, weshalb es bislang nicht zur Überprüfung der Rechtsprechung von 1994 kommen konnte. Die Hartnäckigkeit des Klägers und des BdSt NRW haben sich jetzt ausgezahlt.



**FAIRE ABWASSER-
GEBÜHREN. JETZT.**

Erfolge



Vertretungsbefugnis

Gute Nachrichten für Steuerberater und Wirtschaftsprüfer: Sie dürfen künftig ihre Mandanten vor den Verwaltungsgerichten in Fragen der Corona-Hilfen vertreten. Dafür hat sich der BdSt erfolgreich eingesetzt, zuerst im Februar 2021 mit einem Brief an den NRW-Justizminister, dann im März auch die Berliner Kollegen. Nun die gute Nachricht: Am 10. Juni 2021 hat der Deutsche Bundestag eine entsprechende Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung beschlossen.

Regelung Erschließungsbeitrag

Städte und Gemeinden müssen Erschließungsbeiträge in Zukunft innerhalb von zehn Jahren nach Fertigstellung bei den Grundstückseigentümern abrechnen. Das sieht ein Gesetzentwurf der Landesregierung vor. Der BdSt hatte eine solche kurze Frist gefordert, weil sie für alle Beteiligten ein gut zu überblickender Zeitraum ist. Bisher schwebte das Damoklesschwert oft jahrzehntelang über einem Grundstück. Das findet nun ein Ende. Neben der 10-Jahres-Frist nach vollständigem Abschluss der Baumaßnahme bedarf es flankierend einer weiteren Frist. Sie soll Rechtssicherheit für die Fälle schaffen, in denen eine Erschließungsmaßnahme zwar begonnen, aber nicht innerhalb einer angemessenen Zeit zu Ende geführt und abgerechnet worden ist. Eine solche zusätzliche Frist existiert in Bayern. Hier kann kein Erschließungsbeitrag mehr erhoben werden, wenn seit Beginn der Bauarbeiten 25 Jahre vergangen sind. Nach einem Appell des BdSt NRW an die NRW-Landesregierung, nach bayerischem Vorbild eine weitere zeitliche Obergrenze für nicht vollständig umgesetzte Erschließungsmaßnahmen einzuführen, ist die Politik diesem gefolgt.

Agentur für Arbeit: Maßnahme gestoppt

Eine 66jährige Dame in Krefeld staunte nicht schlecht, als sie von der Agentur für Arbeit aufgefordert wurde, an einer Maßnahme zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit teilzunehmen. Sie setzte sich mit dem Arbeitsamt in Verbindung, um das vermeintliche Missverständnis zu klären. Doch das Arbeitsamt bestand auf Teilnahme. Schließlich wandte sich die Dame hilfesuchend an den Bund der Steuerzahler. Der bat die Agentur für Arbeit in Krefeld um Stellungnahme. Diese räumte ein, dass „dies bei der genannten Kundin eindeu-

tig nicht mehr der richtige Zeitpunkt war, um mit dieser Maßnahme eine mögliche Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden“. Die Kundin sei bereits von der entsprechenden Führungskraft telefonisch kontaktiert und der Sachverhalt im Sinne der Kundin geklärt worden.

Entlastung bei Grunderwerbsteuer

Wer ein Haus oder ein Grundstück kauft, zahlt in Nordrhein-Westfalen 6,5 % Grunderwerbsteuer auf den Kaufpreis. In den meisten anderen Bundesländern liegt der Steuersatz deutlich darunter. Die NRW-Landesregierung hat für das Jahr 2022 ein Förderprogramm eingeführt. Aus Sicht des BdSt NRW nur ein erster Schritt für eine dauerhafte Entlastung bei der Grunderwerbsteuer sein. Wir fordern in einen Stufentarif, bei dem Immobilienerwerb bis 250.000 Euro steuerfrei bleibt. Bis 500.000 Euro soll der Steuersatz 3,5 % betragen, bei einem Kaufpreis von mehr als 500.000 Euro dann 5 %. Der Ersterwerb einer Wohnimmobilie soll generell steuerfrei sein.

Casinos verkauft

Der BdSt NRW forderte schon lange die Privatisierung von Westspiel, der Landesgesellschaft, die Casinos in NRW besitzt und betreibt. Der Betrieb von Casinos ist aus Sicht des BdSt keine Landesaufgabe. Die gute Nachricht: Am 1. September 2021 hat die Gauselmann Spielbanken Beteiligungs GmbH die Anteile an der Westdeutsche Spielbanken GmbH für 141,8 Millionen Euro übernommen. Der BdSt NRW begrüßt, dass das Land endlich mit offenen Karten spielt und nach mehrmaligem Drängen den zunächst verschwiegenen Kaufpreis veröffentlicht hat.

Grundsteuer Mettmann

Anfang Februar 2022 hatte der BdSt NRW an den Stadtrat und die Bürgermeisterin in Mettmann den Appell gerichtet, auf eine weitere Erhöhung der Grundsteuer B zu verzichten. Zur Debatte stand eine Erhöhung von 675 auf 700 Punkte. Anfang April folgte der Stadtrat mit der denkbar knappsten Mehrheit der BdSt-Empfehlung: Mit einer Stimme mehr wurde der in der Kreisstadt höchst umstrittene Verwaltungsvorschlag abgelehnt. Damit wurde die Wohnsteuer nicht erhöht. „Das ist eine gute Nachricht für die Steuerzahler in Mettmann“, erklärte Eberhard Kanski, Vize-Vorsitzender des BdSt NRW.

Das hat Ihr BdSt NRW für Sie gemacht

Gebührenvergleich Abwasser und Abfall

Jedes Jahr in den Sommerferien stellt der Bund der Steuerzahler NRW seinen großen Vergleich der Abfall- und Abwassergebühren vor. Am 21. Juli 2022 erläutert Rik Steinheuer, Vorsitzender des BdSt NRW, die aktuellen Zahlen und seine Forderungen in Düsseldorf.

Die Abfall- und Abwassergebührenbelastung in NRW zeigt sich für die meisten privaten Haushalte auf einem hohen Niveau nahezu unverändert.

Abfall

Im Landesdurchschnitt zahlt der Musterhaushalt am meisten, der seine Restmülltonne wöchentlich leeren lässt: rund 382 Euro jährlich. Die 14-tägliche Abfuhr kostet im Schnitt 278 Euro, die vierwöchentliche 214 Euro. Diese Gebühren sind in diesem Jahr für Privathaushalte je nach Abfuhrhythmus nur moderat gestiegen. Erstmals hat der BdSt NRW für die 33 größten Städte ermittelt, welches Sparpotenzial ein 4-Personen-Haushalt hat, wenn er die günstigste Kombination von Tonnengröße und Abfuhrturnus wählt, die in seiner Stadt angeboten wird.

Abwasser

Die Abwassergebühren für den BdSt-Musterhaushalt sind in diesem Jahr im Landesdurchschnitt auf 742 Euro gestiegen. Das ist eine Zunahme von 6 Euro im Vergleich zum Jahr 2021 und entspricht 1 %. Es steht zu erwarten, dass die Abwassergebühren im nächsten Jahr deutlich sinken werden. Grund dafür ist ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Münster, das in einem Musterprozess des BdSt NRW entschieden hat, dass die aktuellen kalkulatorischen Zinsen überhöht sind und sie außerdem nicht in die Gebührenbedarfsrechnung einfließen dürfen, wenn die betreffende Kommune vom Wiederbeschaffungszeitwert abschreibt. Schon in diesem Jahr kann das Urteil Auswirkungen auf die Portemonnaies in vielen Haushalten haben.

Hilfe für die Gebührenzahler

Gebührenzahler, die ein offenes Widerspruchs- oder Klageverfahren gegen einen Abwassergebührenbescheid für das Jahr 2022 haben, können mit einer Checkliste überprüfen, ob ihr Fall für ein Normenkontrollverfahren in Frage kommt. Die Checkliste und weitere Informationen können Sie hier anfordern:

www.steuerzahler.de/nrw/abwasser

Die BdSt-Wahlarena

14 Tage vor der Landtagswahl lud der BdSt NRW zur „Wahlarena“. Auf dem Podium saßen Vertreter der Parteien, die Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung hatten.

Nordrhein-Westfalen hat hohe Steuersätze und eine hohe Verschuldung. Damit nachfolgende Generationen nicht in den Schulden versinken, muss etwas getan werden im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Mit diesen Worten eröffnete Rik Steinheuer, Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler NRW, die BdSt-Wahlarena am 29. April 2022 in Düsseldorf. Doch wie positionieren sich die Parteien, die Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung haben, in der Haushalts- und Finanzpolitik für die kommenden fünf Jahre? Es stiegen die finanzpolitischen Sprecher Stefan Zimkeit (SPD), Olaf Lehne (CDU), Simon Rock (Landtagskandidat für die Grünen) und Ralf Witzel (FDP) in den Ring und nahmen Stellung zu den Themen Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, Straßenbaubeitrag und Schuldenabbau. Andrea Oster (WDR Hörfunk) sorgte als Moderatorin dafür, dass die Redezeit gerecht verteilt wurde. Die Gäste und BdSt-Mitglieder, die vor



Ort im Haus der Universität in Düsseldorf und auch online an der Wahlarena teilnahmen, konnten während der Veranstaltung den Finanzpolitikern Fragen stellen. Die Politiker wiederum erfuhren, was die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erwarten. Der Bund der Steuerzahler hatte vorab die Meinungen und Wünsche der Wähler und seiner Mitglieder durch zwei Umfragen ermittelt. Zum einen hatte der BdSt NRW eine Internetseite mit einer Umfrage eingerichtet. Zum anderen gab es eine repräsentative Umfrage des Bielefelder Meinungsforschungsinstitut sMente>Factum vom 1. bis 5. April unter den Wahlberechtigten in NRW.

Anforderungen an die Finanzpolitik

Klaus-Peter Schöppner vom Bielefelder Meinungsforschungsinstitut sMente>Factum stellte die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage unter Wählerinnen und Wähler in NRW vor. Kurz gesagt, wollen die Bürger raus aus der Schuldenfalle und Ausgaben senken. Es zeigt sich, dass die Wähler einen enormen Reformbedarf sehen und ein nie da gewesenes Problembewusstsein zeigen. Bei den dringenden Handlungsbedürfnissen zeigt sich auf Platz 1 der Wunsch nach Investitionen in Straßen, Brücken und Schienen in allen Altersklassen mit fast 90 %, bei den bis 29-Jährigen sind es sogar mehr. Auffällig ist, dass die unter 30-Jährigen eine extreme Dringlichkeit beim Ausbau von Internet und Digitalisierung und den Abbau bürokratischer Hindernisse sehen. Zudem wird bei den Anforderungen an eine NRW-Haushaltspolitik von allen Altersgruppen an erster Stelle eine generationengerechte Haushaltspolitik gewünscht, die die Ansprüche der jüngeren Generation berücksichtigt. Als Reaktion auf die hohe Landesverschuldung ist eine eindeutige Präferenz für Ausgaben senkungen festzustellen. Auch interessant: Vor fünf Jahren sprachen sich 63 % der Bürger für eine Bestrafung bei Steuergeldverschwendung aus, heute sind es bereits 81 %. Rik Steinheuer appellierte an die Finanzpolitiker, den Bürgerwillen ernst zu nehmen.

Grunderwerbsteuer

76 % der online teilnehmenden Mitglieder erwarten, dass die Grunderwerbsteuer in der laufenden Wahlperiode gesenkt wird. Dies hatte eine weitere Umfrage ergeben, die während der Veranstaltung unter den Mitgliedern durchgeführt wurde. Kein Wunder, denn NRW verlangt den Spitzensteuersatz von 6,5 %, während der Steuersatz in anderen Bundesländern nur 3,5 % beträgt. Diese Steuerart hat zudem in NRW stark steigende Einnahmen zu verbuchen. Aus Sicht des Bundes der Steuerzahler besteht hier Handlungsbedarf. Olaf Lehne (CDU) verwies darauf, dass die Grunderwerbsteuer eine bedeutende Einnahmequelle des Landes sei und die unerwarteten Krisen und Katastrophen wie die Flut, Corona und die Hilfen für die Ukraine finanziert werden müssten. Ralf Witzel und Stefan Zimkeit sprechen sich für Entlastungen aus. So möchte die FDP vor allem zielgerichtete Entlastungen für privat genutztes Eigentum

umsetzen und die SPD Familien und den gemeinnützigen Wohnungsbau entlasten. Die Mieten dürften nicht mehr so stark steigen.

Grundsteuer

Dringender Handlungsbedarf besteht aus Sicht des Bundes der Steuerzahler auch bei der Grundsteuer. Sie zählt zu den wichtigsten Einnahmequellen der Städte und Gemeinden. Zum 1. Januar 2025 wird die Grundsteuer deutschlandweit neu festgesetzt, so dass ab dem 1. Juli 2022 alle Eigentümer für ihre Grundstücke oder Grundstücksanteile eine Erklärung zur Feststellung der Grundsteuerwerte abgeben müssen. Es gibt verschiedene Modelle zur Berechnung der Grundsteuer. Neben dem Bundesmodell gibt es ein Flächenmodell, ein abgewandeltes Bundesmodell und ein Bodenwertmodell. Das Land Nordrhein-Westfalen wendet das Bundesmodell an. Der Bund der Steuerzahler hält dieses Modell für zu kompliziert und fordert, dass NRW von der Öffnungsklausel Gebrauch macht und eigene Regelungen zur Ermittlung der Grundsteuer schafft. 76 % der online teilnehmenden Mitglieder hatten erwartet, dass es eine Landesregelung zur Grundsteuer geben wird. Die Finanzpolitiker von CDU, SPD und Grüne unterstützen jedoch das Bundesmodell. Nur Ralf Witzel (FDP) sprach sich für ein flächenbasiertes Modell aus. Das sei ein zentrales Wahlziel der FDP. Doch dafür gebe es keine parlamentarische Mehrheit in NRW, so Witzel.

Abwassergebühren

Eine weitere Stellschraube, an der gedreht werden müsste, sieht Rik Steinheuer bei den Abwassergebühren, in die aktuell häufig eine Verzinsung von etwa 5,5 % einfließt. Für den Bund der Steuerzahler NRW ist das angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase unangemessen. Gegen diese Art der überhöhten Kostenkalkulation richtet sich ein Musterprozess des Bundes der Steuerzahler NRW.

Schuldenabbau

Ein Thema, das viele Bürger umtreibt, ist die hohe Landesverschuldung. So ergab eine repräsentative Umfrage von *Mente>Factum* eine eindeutige Präferenz für Ausgabenkürzungen. Welche Ideen haben die Finanzpolitiker zum Schuldenabbau? Olaf Lehne (CDU) machte klar, dass die Schuldenbremse bleiben soll und in die Landesverfassung gehört. Für Stefan Zimkeit (SPD) hat der Schuldenabbau hingegen keine Priorität. Wichtiger sei es, die Investitionslücken zu schließen, damit der nächs-



ten Generation keine maroden Straßen, Brücken oder Schulen hinterlassen werden. Auch das sei Generationengerechtigkeit. Simon Rock (Grüne) wies auf einen Investitionsstau in NRW von 27 Milliarden Euro hin und plädierte dafür, die Schuldenregelung sinnvoll auszugestalten und zu fragen, welche Schulden sinnvoll für kommenden Generationen seien. Für Ralf Witzel von FDP gibt es hingegen keine guten Schulden. Die Schuldenbremse müsse bewahrt und verteidigt werden. Da sei über Aufgaben- und Ausgabenkritik hinzubekommen.

Fördertöpfe

Viele Fragen aus dem Publikum wurden zum Thema Fördertöpfe gestellt, die möglicherweise Fehlanreize und unwirtschaftliches Handeln verstärken. Was tut die Politik gegen das Wachstum der Förderprogramme? Deutlich wurde, dass alle Finanzpolitiker den Einsatz von Förderprogrammen kritisch sehen, bei denen das Land den Kommunen Fördergeld für die Umsetzung vorgegebener Projekte zur Verfügung stellt und Verwendungsnachweise verlangt. Stattdessen wäre eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen weniger bürokratisch, effizienter und günstiger.

Straßenbaubeitrag

Ist der Straßenbaubeitrag wirklich „gekillt“? Bei dieser Frage schlugen die Wellen hoch. Alle Politiker versicherten auf dem Podium, den Straßenbaubeitrag abschaffen zu wollen. Zwei Vertreter von Bürgerinitiativen zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge äußerten jedoch bei der Präsenzveranstaltung ihre Skepsis deutlich. Sie fürchten, dass aus einer Muss-Regelung lediglich eine Kann-Regelung wird oder wiederkehrende Beiträge eingeführt werden. Sie warfen CDU und FDP auch vor, dass sie jahrelang eine Abschaffung verhindert hätten, um jetzt ein Modell einzuführen, bei dem Beiträge erst berechnet und dann erhoben würden, um schließlich über einen Fördertopf wieder erstattet zu werden. Das eingeführte Förderprogramm sei ein Bürokratiemonster.

Aktionen

Das Schwarzbuch - zehn Fälle aus NRW

Steuergeldverschwendung hat viele Gesichter. Das zeigte auch 2021 das Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung“ mit 100 Fällen aus ganz Deutschland. Zehn Fälle kommen dabei aus Nordrhein-Westfalen – immerhin zehn Prozent! Ein Kapitel ist der Pleite der Greensill-Bank gewidmet.

NRW.

Rund um die Pleite-Bank Greensill mit Sitz in Bremen drohen den Steuerzahlern hohe Verluste durch risikobehaftete Finanzgeschäfte der Kommunen. Betroffen sind auch Städte und öffentliche Einrichtungen aus Nordrhein-Westfalen: Monheim am Rhein hat 38 Mio. Euro bei Greensill angelegt, Emmerich 6 Mio., Marsberg 2,5 Mio. Euro und die Kölner Bühnen 15 Mio. Euro.

Bonn.

Die Beethovenhalle in Bonn ist eine alte Bekannte. Hieß es 2012 in einem ersten Gutachten, dass rund 43 Mio. Euro investiert werden müssten, um das Gebäude zu einem „hochwertigen Konzertsaal“ umzubauen, rechnet die Stadt inzwischen mit gut 162 Mio. Euro. Mit der Fertigstellung ist nicht vor 2024 zu rechnen, geplant war 2019.

Castrop-Rauxel.

Seit mehr als 40 Jahren steht sie einfach nur „so da“, die Brücke über der Dortmunder Straße in Castrop-Rauxel. Gebaut wurde sie für 950.000 DM für eine Ortsumgehung, die es bis heute nicht gibt.

Eslohe.

In Eslohe im Hochsauerlandkreis hat die Stadt eine Fußgängerbrücke direkt neben einer bestehenden Brücke gebaut. Sie ist 25 cm breiter und kürzt ein paar Meter Weg ab. Kosten: 95.000 Euro.

Köln.

Das Trauerspiel um die Oper in Köln geht weiter. Die Sanierungskosten steuern auf die Milliarde zu, die Fertigstellung ist nun für März 2024 angepeilt. Teuer für den Steuerzahler fallen auch die Kredite über 40 Jahre und die Interimsspielstätte ins Gewicht. Weitere Hiobsbotschaft: Die Bühnen müssen um 15 Mio. Euro bangen, weil sie ihr Geld bei der Pleite-Bank Greensill angelegt hatten.

Köln.

Die Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg wird nicht in Betrieb gehen. Rund 27 Mio. Euro hat das geplatzte Projekt bisher gekostet. Jetzt soll es zwei Machbarkeitsstudien geben: eine, die klärt, ob die Rettungshubschrauber am Flughafen Köln / Bonn bleiben könne, eine, die klärt, was mit dem Kalkberg geschehen kann. Ob weitere Kosten entstehen, ist noch nicht klar.



Krefeld.

Eigentlich sollte das Grotenburg-Stadion in Krefeld für 10,5 Mio. Euro fit für die Fußballbundesliga gemacht werden. Inzwischen soll die Sanierung 16,3 Mio. Euro kosten, und 1,15 Mio. Euro kommen hinzu, um einen Instandhaltungsstau zu beheben. Besonders pikant: Die GmbH des KFC Uerdingen ist insolvent und der Verein spielt aktuell nur noch in der Regionalliga.

Lüdenscheid.

Die Stadt Lüdenscheid unterstützt die Politik seit Jahren bei der Plakatwahlwerbung, indem sie Plakatrahmen an Laternenmasten zur Verfügung stellt. Das kostete die Stadt pro Wahl 15.000 Euro. Die Stadt wollte das ändern, die Lokalpolitik dagegen hätte am liebsten noch draufgesattelt. Der Kompromiss: Die Stadt wählt 600 Laternenmasten aus und lost sie den Parteien zu. Nach einer ersten Kostenschätzung wird dieser Service einmalig rund 25.000 Euro kosten. Die Frechheit daran: Die Parteien erhalten eine staatliche Wahlkampfkostenerstattung und brauchen keine kommunale Hilfe.

Selm.

Sie sollte ein Geschenk sein: eine Skulptur im neu gestalteten Auenpark in Selm. Plötzlich war die Schenkung „nicht mehr machbar“, und die Stadt zahlte einen Eigenanteil von 28.000 Euro. Die darüber hinausgehenden Kosten wurden über die Regionale 2016 gefördert – natürlich aus Steuermitteln.

Das Schwarzbuch ist kostenlos und kann bestellt werden auf www.schwarzbuch.de.



Unsere Webinare - täglich neu und live

Der Bund der Steuerzahler NRW hat aus der Not eine Tugend gemacht und seine beliebten Abendveranstaltungen neu konzipiert: Wir bieten nun viele kostenlose Webinare für die Mitglieder an. Von Juli 2021 bis Juni 2022 waren es 240 Webinare mit 10.000 Teilnehmern. Die Themen sind vielfältig, und immer wieder kommen neue Schwerpunkte hinzu. Hier einige Beispiele: Sie haben noch keine Corona-Hilfen beantragt? Das Webinar „Corona-Hilfen Update“ gibt einen Überblick zu den finanziellen Hilfspaketen der Bundesregierung.

Neu im Programm ist das Webinar „Grundsteuer“. Hier stellt der Referent das Bewertungsverfahren anhand der jeweiligen Parameter der unterschiedlichen Gebäude dar und gibt einen Überblick zu den häufigsten Fragestellungen aus der Praxis.

Wer ein Haus oder eine Eigentumswohnung besitzt, wird mit vielen Nebenkosten konfrontiert. Die Entsorgung von Müll und Abwasser kostet Gebühren, für Straßenreinigung und Winterdienst muss man zahlen, die Grundsteuer wird regelmäßig fällig. Als Mieter wird man für diese Kosten anteilig herangezogen. Da hilft es, über mögliche Einsparpotenziale informiert zu sein. Der Bund der Steuerzahler NRW bietet mit seinem Webinar „Was Immobilienbesitzer über kommunale Beiträge wissen sollten“ einen Überblick und gibt Tipps, wie sich



die Gebühren senken lassen. Unsere Referenten Markus Berkenkopf und Harald Schledorn sind Experten im Bereich der kommunalen Haushalte und Gebühren und geben ihr Wissen allgemeinverständlich weiter. Außerdem bieten sie Webinare zu den Themen „Einsparpotenziale bei den Grundbesitzabgaben – Teil 1: Abfall, Straßenreinigung und Winterdienst“ und „Einsparpotenziale bei den Grundbesitzabgaben – Teil 2: Abwasser, Regenwasser“.

Hier können Sie sich online anmelden:
www.steuerzahler.de/nrw/webinare

Ihr BdSt NRW in den Medien

Der Bund der Steuerzahler NRW ist erster Ansprechpartner, wenn Journalisten Interviewpartner, O-Töne oder Hintergrundwissen benötigen. Ob es Fragen zu einem Verschwendungsfall, Einordnung und Stellungnahmen zu den Themen Steuern, Gebühren, öffentliche Haushalte, Renten- oder Krankenversicherung sind – wer die Medien in ihrer ganzen Bandbreite verfolgt, stellt fest: Am Bund der Steuerzahler kommt keiner vorbei. Wer einfache und gerechte Steuergesetze, eine Begrenzung von Steuern und Abgaben, Strafe für Steuergeldverschwendung und mehr Transparenz fordert, muss sich Gehör verschaffen können. Um die 170 Mal im Jahr sind Vertreter des Bundes der Steuerzahler NRW im Rundfunk zu hören oder im Fernsehen zu sehen. Hinzu kommen zahlreiche Zeitungsinterviews und Gespräche mit Medienvertretern, die das Fachwissen des Bundes der Steuerzahler in ihre Berichte einfließen lassen. Journalisten wissen es zu schätzen, dass die Vertreter des BdSt NRW fachlich kompetent und zudem noch echte Medienprofis sind.

Beim BdSt NRW können Journalisten nicht nur schnell und zuverlässig Zahlen und Fakten erfragen, sondern auch immer deren Einordnung erhalten. Das besondere Vertrauensverhältnis zeigt sich auch darin, dass anerkannte Journalistenschulen uns schon seit Jahren immer wieder einladen, um Volontäre darin zu schulen, wie man sich in einem kommunalen Haushaltsplan zu-rechtfindet. In den vergangenen zwei Jahren äußerte sich der Bund der Steuerzahler immer wieder zu den Straßenbaubeiträgen in NRW und forderte die Abschaffung der ungerechten Beiträge. Weiter nahm er Stellung zur Erhöhung der Grundsteuer B, zum Vergleich der Gebühren von Müll und Abwasser, zu Bauskandalen, zur Hundesteuer, zur Erhöhung der Bürgermeisterbesoldung, zu Landesbürgerschaften für den Fußballverein Schalke 04 und zu vielen Verschwendungsfällen.

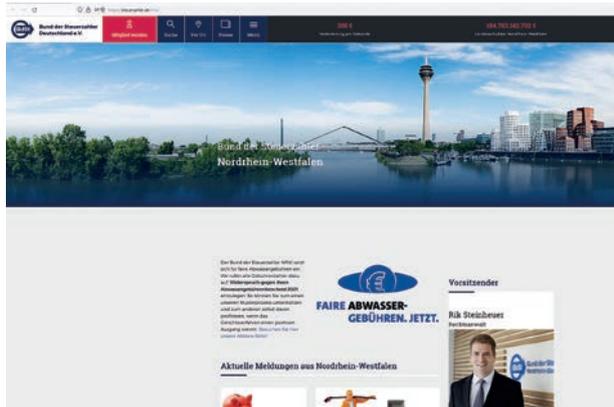
Ab März 2020 rückten durch die Coronakrise Fragen zu Steuern, Kurzarbeitergeld, KfW-Krediten oder dem Vertrags- und Arbeitsrecht in den Fokus. Fast täglich gab es neue Meldungen, Aktualisierungen und Hinweise von Behörden. Der Bund der Steuerzahler behielt den Überblick und konnte Bürger und Medien schnell und kompetent mit Informationen versorgen.



Immer aktuell informiert

Die Website

Den Bund der Steuerzahler NRW finden Sie online unter www.steuerzahler.de/nrw. Informieren Sie sich über politische Statements und Steuertipps und greifen Sie zu den vielen Extras für Mitglieder wie exklusive Ratgeber und Informationen zu Musterprozessen.



Facebook

Auch auf Facebook finden Sie aktuelle Meldungen. Reagieren Sie auf unsere Posts und tauschen Sie sich mit anderen aus. Außerdem gibt es aktuelle Meldungen, Steuertipps und Termine zu Webinaren: www.facebook.com/Steuerzahlerbund



Die NRWNachrichten

Unser Wirtschaftsmagazin „Der Steuerzahler“ mit der Landesbeilage des BdSt NRW „Die NRWNachrichten“: Lesen Sie Berichte über aufgedeckte und verhinderte Steuergeldverschwendung, Hintergrundartikel zur Haushalts- und Finanzpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen und seiner Kommunen, Informationen über aktuelle Steuerrechtsänderungen, Steuertipps, Sozialversicherungen, kommunale Gebühren und Beiträge.



Urteil zu Abwassergebühren Neue Rechtsprechung



Newsletter

Möchten Sie immer auf dem neuesten Stand sein, welche spannenden Neuigkeiten es rund um das Thema Steuergeldverschwendung und Finanzpolitik gibt und mit welchen Steuertipps Sie bares Geld sparen können? Dann abonnieren Sie doch einfach unseren kostenlosen Newsletter. Einmal im Monat erhalten Sie Spar- und Steuertipps, lesen aktuelle Umfragen und Vergleiche, skurrile Verschwendungsfälle und unsere Termine.



Koalitionsvertrag: Wer soll das bezahlen?

Die neue Landesregierung steht. Rund sechs Wochen sind seit dem Wahltag vergangen, bis **Ministerpräsident Hendrik Wüst** im Amt bestätigt und das neue Kabinett vereidigt worden ist. In der Zwischenzeit haben **CDU und Grüne** geräuschlos einen **Koalitionsvertrag** ausgehandelt, der die gemeinsame Basis für das **Regierungshandeln** in den kommenden fünf Jahren bilden soll. [Wie der BdSt NRW den Vertrag kommentiert, lesen Sie hier.](#)



Hier kann gespart werden

Der Bund der Steuerzahler deckt in seiner Broschüre „**BdSt-Sparbuch für den Bundeshaushalt 2022**“ **unnötige Ausgaben** und Subventionen im 500-Milliarden-Euro-Etat des Bundes auf. So bekommt ein Wissenschaftler-Team mehr als 500.000 Euro, um private Liebesbriefe zu sammeln. Weitere 29 Beispiele finden Sie in unserer **neuen Broschüre**. [Hier können Sie die Broschüre „BdSt-Sparbuch für den Bundeshaushalt 2022“ kostenfrei bestellen.](#)



Ihr BdSt recherchiert für Sie

Mehr als 200 Hinweise auf mögliche Fälle von Steuergeldverschwendung erhält der Bund der Steuerzahler NRW jedes Jahr.

Die Hinweise kommen meist per E-Mail oder werden telefonisch gemeldet, manchmal erhalten wir Unterlagen per Post oder die Kollegen stehen mit einem interessanten Zeitungsartikel in der Tür. Häufig bitten Journalisten um eine Einschätzung zu einem Fall in ihrer Kommune, Lokalpolitiker benötigen Hilfe bei umstrittenen Projekten. Dann heißt es: Augen und Ohren auf – wir recherchieren.

Unser Markenzeichen sind sorgfältige Recherchen und umfassende Hintergrundkenntnisse. Journalisten und Bürger können sich auf unsere Informationen verlassen. Auch den Schutz unserer Informanten, die wir grundsätzlich aus allen Recherchen und Berichterstattungen heraushalten, nehmen wir sehr ernst. Alle Hinweise prüfen wir zunächst darauf, ob es sich überhaupt um einen Fall handelt, bei dem wir Auskunft bekommen und den wir seriös beurteilen können. Ist das der Fall, informieren wir uns umfassend, werten Zeitungsberichte, Ratsvorlagen und andere verfügbare Unterlagen aus, schauen uns die Gegebenheiten vor Ort an, treffen uns mit Informanten oder telefonieren mit ihnen.

Nach diesen Vorrecherchen bleiben viele Fragen offen. Außerdem müssen wir uns Informationen, beispielsweise aus Tageszeitungen, bestätigen lassen. Wir formulieren einen Fragenkatalog und senden diesen an die betreffende Kommune oder weitere Behörden, die in dem jeweiligen Fall zuständig sind. Manchmal bitten wir Experten um eine Einschätzung, wenn wir uns in Fachgebieten bewegen, zu denen wir keine eigene Expertise haben. Die Behörden müssen unsere Fragen beantworten und bekommen Gelegenheit, ihre Sicht der Dinge darzustellen. Manchmal werden wir zu Gesprächen mit Bürgermeistern, Kämmerern oder Fachbereichsleitern eingeladen, die uns dann persönlich informieren.

Nicht immer erhalten wir in der vorgegebenen Frist eine Antwort, nicht immer sind die Fragen vollständig und verständlich beantwortet, so dass wir nochmals fragen müssen. In wenigen Fällen mussten wir auch schon die Antworten einklagen. Sind alle unsere Fragen geklärt, müssen die Informationen ausgewertet und schließlich gemeinsam mit den Kollegen bewertet werden. Ist das ein Fall für uns und gibt es genug kritikwürdige Aspekte? Wenn ja, erscheint ein Artikel in den NRW-Nachrichten, in unserem Internetangebot, auf Facebook – später vielleicht sogar im Schwarzbuch.



In den Jahren 2021 und 2022 sind wir wieder vielen Hinweisen nachgegangen. Möglicher Betrug mit Corona-Testzentren hat uns ebenso beschäftigt wie der Umbau des Jahnplatzes in Bielefeld. Wenn wir einmal berichtet haben, ist der Fall für uns noch längst nicht abgeschlossen. Wir beobachten regelmäßig, wie sich die Dinge entwickeln und halten unsere Mitglieder auf dem Laufenden wie bei der unendlichen Geschichte um die Freitreppe im Duisburger Innenhafen, dem jüdischen Museum in Köln oder der Sanierung der Kölner Oper oder der Zentralbibliothek. Wenn es sich um einen Fall von drohender Steuergeldverschwendung handelt, bleiben wir hartnäckig, denn oft können wir die Verschwendung verhindern. In Mettmann verabschiedeten sich die Politiker von teuren Glasdächern auf dem Jubiläumsparkplatz. Stattdessen sind dort sechs Platanen gepflanzt worden – nach Berechnungen der Stadt „die sinnvollste und wirtschaftlichste Variante“, den Platz zu gestalten. Der Lionsclub Mettmann war so begeistert von dem Platanendach, dass er der Stadt eine Spende von 6.000 Euro überreicht hat.

Ihr BdSt NRW informiert Verbraucher

Hundebesitzer in Nordrhein-Westfalen werden 2022 zum Teil kräftig zur Kasse gebeten. 19 Kommunen haben die Steuern für die Vierbeiner erhöht. In Ascheberg hat man eine zusätzliche Kampfhundsteuer eingeführt. Durchschnittlich wurden die Steuern für den ersten Hund um 20 %, für den zweiten Hund um fast 17 % und für den dritten Hund um ca. 19 % erhöht. Das ergab der **BdSt-Vergleich der Hundesteuer**.

Positiv: Wer seinen treuen Begleiter aus dem Tierheim holt, wird von vielen Städten und Gemeinden dafür belohnt: 165 NRW-Kommunen erheben für ein Jahr oder mehr keine Hundesteuer. 313 Städte und Gemeinden reduzieren den Hundesteuersatz für Sozialschwache.

Da es sich bei der Hundesteuer um eine Bagatellsteuer handelt, die in einem modernen Steuersystem keinen Platz mehr hat, fordert der Bund der Steuerzahler ihre Abschaffung.



Wenn ein Grundstück verkauft wird, haben die Städte und Gemeinden in aller Regel ein Vorkaufsrecht. Als Nachweis, dass die Kommune auf ihr Vorkaufsrecht verzichtet, dient eine entsprechende Bescheinigung. Wenn Bürger in der Verwaltung um eine solche Bescheinigung bitten, kann es teuer werden.

Der Bund der Steuerzahler NRW hat 2021 in einigen ausgewählten Kommunen die anfallenden **Verwaltungsgebühren** untersucht, wenn ein Bürger ein solches „Negativattest“ beantragt. Die geringste Gebühr lag bei 9 Euro je angefangener halber Stunde (Nordkirchen) und reichte über die in einer Mustersatzung empfohlenen 25 Euro bis hin zu knapp 170 Euro (Köln).

Der Bund der Steuerzahler NRW ist der Auffassung, dass für Bescheinigungen solcher Art keine Verwaltungsgebühren erhoben werden sollte. Die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung wird hier nicht im wesentlichen im Interesse einzelner Bürger, sondern ausschließlich im öffentlichen Interesse vorgenommen.

Bestattungen sind 2021 im Vergleich zu 2020 teurer geworden. Das Sargwahlgrab kostete 2021 im Landesdurchschnitt 3.173 Euro (Vorjahr: 3.135 Euro). Die Kosten für ein Urnenreihengrab stiegen durchschnittlich auf 1.426 Euro (Vorjahr: 1.340 Euro). Das zeigt der **BdSt-Vergleich der Friedhofs- und Bestattungsgebühren** 2021. Eine Bestattung in einem Sargwahlgrab ist in Gladbeck, Kerpen und Velbert besonders teuer, in Gütersloh dagegen rund 3.000 Euro preiswerter.

BdSt-Forderungen zur Senkung der Friedhofsgebühren: Teilfinanzierung über Steuermittel, denn Friedhöfe sind parkähnliche Anlagen

Finanzierung der Aufwendungen für unbelegte Gräberflächen wie öffentliches Grün aus dem Kommunaletat
Aufwendungen für die Kriegsgräberpflege und Maßnahmen des Denkmalschutzes nicht in die Gebührensatzkalkulation einrechnen.

Kalkulation der Kapitalkosten: Abschreibung vom Anschaffungswert, Zuschüsse Dritter aus der Abschreibungsbasis herausrechnen, angesichts Nullzinsphase moderate Eigenkapitalverzinsung.

Überprüfung der Zahl der städtischen Friedhöfe; Schließungen in Absprache mit der betroffenen Bevölkerung erarbeiten.



Anhörungen im Landtag NRW



Stellungnahme Verkehrsausschuss: „Solidarisches Bürgerticket“ (03.03.2021)

Die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen will zur Finanzierung des ÖPNV das verpflichtende „Solidarische Bürgerticket“ ermöglichen. Der Bund der Steuerzahler NRW lehnte das Bürgerticket in einer Stellungnahme zu einer Landtagsanhörung ab, denn für diejenigen, die das ÖPNV-Angebot nicht nutzen (können), ist das verpflichtende Bürgerticket nur eine Erhöhung der Abgabenlast. Die Bürokratiekosten für die Umsetzung einer Nahverkehrsabgabe sind völlig offen. Eine soziale Beitragsstaffel führt zu einem hohen administrativen Aufwand. Personeller Mehrbedarf innerhalb der Kommunalverwaltungen und damit einhergehende Belastungen für die kommunalen Haushalte liegen also auf der Hand, und auch das Land wäre betroffen. Denn wenn das Land eine Verpflichtung zur Erhebung einer Nahverkehrsabgabe einführen würde, müsste es wegen des Konnexitätsprinzips die Mehrbelastungen auf Gemeindeebene durch Zahlungen des Landes kompensieren. Neben der direkten Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch das Zwangsticket besteht somit die Gefahr weiterer Steuererhöhungen oder höherer Schulden auf Landesebene.

Anhörung Rechtsausschuss: Wahlrecht Heilfürsorge/ Beihilfe (08.03.2021)

Anlässlich einer Expertenanhörung im Rechtsausschuss des Landtags zur Einführung eines Wahlrechts zwischen der bisherigen Beihilfe und der freien Heilfürsorge für die Beamtinnen und Beamten des Justizvollzugs- und Werkdienstes im Justizvollzug bringt es Rik Steinheuer, Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen, auf den Punkt: „Freie Heilfürsorge darf nur restriktiv gewährt werden. Den mit der Tätigkeit im Justizvollzug verbundenen Gefahren wird bereits jetzt durch

umfassende Unfallfürsorgeleistungen Rechnung getragen.“ Eine bessere ärztliche Versorgung ist mit einer freien Heilfürsorge nicht verbunden. Ob der geldwerte Vorteil, der mit ihr einhergeht, geeignet ist, bestimmte Tätigkeiten im Justizvollzug attraktiver zu machen, ist fraglich. Eine angemessene Besoldung dürfte vielversprechender sein. Welche Mehrbelastung mit einer Ausweitung der freien Heilfürsorge für den Landeshaushalt verbunden ist, lässt sich aktuell nicht einmal näherungsweise beziffern. Fest steht, dass zur Bewältigung des Verwaltungsaufwands Parallelstrukturen aufgebaut werden müssten. Vereinfacht gesagt, würde beim Land eine zweite Krankenkasse etabliert. Der BdSt NRW lehnt angesichts des zu erwartenden Aufwands bei geringem Nutzen die Ausweitung der freien Heilfürsorge ab.

Anhörung Haushalts- und Finanzausschuss Corona-Rettungsschirm (08.08.2021)

Klare Prioritäten bei den Ausgaben, weitere Einsparanstrengungen, Beschränkung von Kreditaufnahmen über den Corona-Rettungsschirm auf das Nötigste – dieses Zusammenspiel kann finanzielle Spielräume für künftige Haushalte und auftretende Krisen schaffen. Es hat sich gezeigt, dass die Auswirkungen der COVID 19-Pandemie massiv lediglich für einen begrenzten Zeitraum wirken. Die Wirkungen sind nicht so intensiv, dass sie nachhaltig und dauerhaft Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung haben. Der Bund der Steuerzahler NRW sieht deshalb keinen Anlass für neue oder zusätzliche kreditfinanzierte Programme. Zukunftsfähige Gesundheitsangebote, Ausbau der Infrastruktur, Ausgaben für einen verbesserten Naturschutz oder die Stärkung von Forschung und Wissenschaft zur Bekämpfung und Begleitung von Pandemien sind politische Daueraufgaben, die wie vieles andere in den originären Haushalten zu finanzieren sind.



Anhörung Hauptausschuss und Rechtsausschuss Transparenz und Korruptionsbekämpfung (24.08.2021)

Mehr Transparenz und Korruptionsbekämpfung im Parlament strebt die SPD-Fraktion mit einem Gesetzentwurf an. Der Bund der Steuerzahler NRW bewertete die Neuregelungen als guten Einstieg, die bestehenden Vorschriften zu konkretisieren. Ob der vorliegende Gesetzentwurf für mehr Durchblick sorgt, ist jedoch fraglich. So will der Gesetzentwurf es den Abgeordneten verbieten, Geldspenden anzunehmen. Für den BdSt NRW ist das nicht umfassend genug. Geldspenden und geldwerte Zuwendungen sollten – mit Ausnahme von geringwertigen Gastgeschenken – grundsätzlich tabu sein. Die Mandatsträger sollen für die Politik leben und nicht von ihr.

Der Vorschlag, den zeitlichen Umfang der anzeigepflichtigen Tätigkeiten konkreter darzustellen als bisher, begrüßt der Verband. So könnten die Bürgerinnen und Bürger besser nachvollziehen, wie viele Stunden ihre Abgeordneten mit Nebentätigkeiten verbringen.

Fazit: Bei den derzeitigen Regelungen des Abgeordnetengesetzes ist in Sachen Transparenz der Mandatsträger noch Luft nach oben.

Digitale Anhörungen

Anhörung Kommunalausschuss (11.06.2021):

Städte und Gemeinden nicht im Regen stehen lassen

Anhörung Verkehrsausschuss (16.06.2021):

Neue Aufgaben für Straßen.NRW?

Anhörung Haushalts- und Finanzausschuss Haushaltsgesetz 2022 (30.09.2021)

Landespolitisch ist mit Blick auf die Haushaltslage wenig bis nichts passiert. Corona stellte im Frühjahr 2020 die Haushalte vor beispiellose Herausforderungen. Die nächste Katastrophe ereilte das Land mit den Unwettern im Sommer 2021. Der Spruch „Nach der Krise ist vor der Krise“ sollte die Politiker im Landtag wachrütteln. Es bedarf in der Haushaltsführung eines Umdenkens, damit die öffentlichen Haushalte Krisen besser abfedern können. Der BdSt NRW fordert daher:

- sofortige Auflösung der allgemeinen Rücklage
- klare Definitionen der Maßnahmen bzw. Mittelverwendung einschließlich Ziel- und Leistungsbeschreibungen – insbesondere für die Mittelverwendung mit Bezug zur COVID-19-Notlage.
- konsequente Nutzung von Mehreinnahmen zur Schuldentilgung
- Paradigmenwechsel und Bekenntnis des Landtags zu einem Turnaround-Management für eine generationengerechte Haushaltspolitik durch Bilanzierung im Landshaushalt
- regelmäßige Subventionsberichte und Implementierung eines Subventionscontrollings
- transparente Darstellung der Verschuldungssituation im „Konzern Land NRW“
- Festlegung eines verbindlichen und generationengerechten Schuldenabbaupfades
- umfassende Reformen zur Entlastung der Steuerzahler, etwa bei Grund- und Grunderwerbsteuer und den übrigen staatlich administrierten Wohnkosten (z. B. Abschaffung des Straßenbaubeitrags)

Corona-Schulden nur für die Pandemiebekämpfung



Corona-Schulden darf das Land NRW nur aufnehmen, um Maßnahmen zu finanzieren, die einzig und allein der Pandemiebekämpfung dienen – und auch dann nur als letztes Mittel. Es kann nicht sein, dass vorhandene Rücklagen wie in einer Spardose stehenbleiben, während parallel Kredite aufgenommen werden. Da sich Zinserhöhungen abzeichnen, drohen massive Etatschieflagen. In diese Kritik des Bundes der Steuerzahler NRW stimmte auch der Landesrechnungshof NRW ein, der einen entsprechenden Prüfbericht veröffentlicht hat.

Im März 2020 hatte der NRW-Landtag ein 25 Milliarden Euro schweres Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise und zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit des Landes beschlossen, das NRW-Rettungsschirmgesetz. Dass hierüber Hilfen für in finanzielle Not geratene Selbstständige und Betriebe gezahlt werden, Schutzkleidung, Tests und vieles mehr finanziert wurde, ist unstrittig der Pandemie anzulasten.

Wenn aber das NRW-Umweltministerium ein Förderprogramm zur Stärkung der Klimawandelvorsorge in den Kommunen veröffentlicht, über das mit Corona-Mitteln

beispielsweise die Entsiegelung befestigter Flächen, das Anlegen von Mulden, Rigolen oder Retentionsflächen zum Rückhalt, zur Versickerung und Speicherung von Regen, aber auch das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sowie die Begrünung von Dächern und Fassaden finanziert werden, ist ein COVID-19-Stempel höchst unangebracht. Hier werden Aufgaben finanziert, die es schon vor der Corona-Krise gab, die es nach der Corona-Krise noch geben wird und die nichts mit dem Virus zu tun haben. Auch eine Waldaufbauhilfe steht in keinem Zusammenhang mit der Pandemie. Um es plakativ zu sagen: Borkenkäfer und Trockenheit haben dem Wald zugesetzt, nicht das Covid-19 Virus. Deshalb sollten solche Ausgaben auch nicht aus dem Corona-Rettungsschirm bezahlt werden. Wenn der „normale“ Haushalt des Ministeriums für diese Aufgaben nicht reicht, muss aufgestockt oder umgeschichtet werden. Die Aufgaben verschwinden nicht, wenn das Virus seinen Schrecken verloren oder der Rettungsschirm seine Arbeit getan hat. Man nennt es „Prioritätensetzung“, wenn bei einer Aufstockung an einer Stelle im Landeshaushalt an anderer Stelle gespart werden muss.

So gelingt kommunale Finanzpolitik

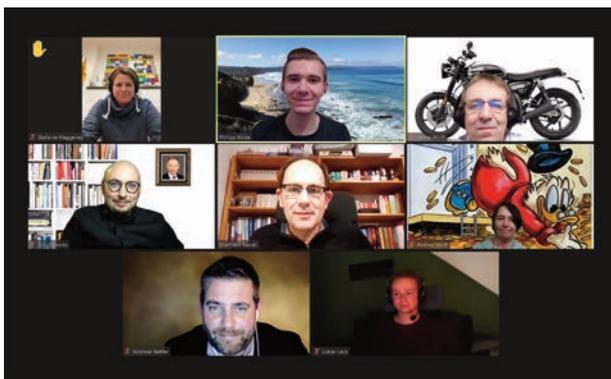
Wie steht es um den kommunalen Haushalt, wie kann die örtliche Finanzpolitik gelingen? Die Haushaltsexperten des Bundes der Steuerzahler NRW unterstützen mit ihrem Fachwissen die Fraktionen vor Ort bei den Haushaltsberatungen.

Lob für die Stadt **Moers**: Sie verzichtet in dieser schwierigen Zeit auf Steuererhöhungen. Trotzdem bleibt Sparen das Gebot der Stunde. In getrennten Haushaltsberatungen mit der Fraktion „Die Grafschafter“ und der FDP diskutierte BdSt-Vize Eberhard Kanski Möglichkeiten der Etatsanierung. Hier hat Moers langjährige Erfahrungen. Als „Stärkungspakt-Kommune“ musste die Stadt in den letzten Jahren eine Sparrunde nach der anderen drehen, um den Etatausgleich zu schaffen. Dies gelingt 2021 und 2022.

In **Mettmann** wollte die Stadtverwaltung das ganz große Rad bei der Grundsteuer drehen und diese Kommunalsteuer um sage und schreibe 67 Prozent erhöhen. Dagegen machten die Bürger mobil, verfassten Leserbriefe, schrieben an die Ratsmitglieder. In digitalen Diskussionsrunden mit der örtlichen FDP-Fraktion und der neu gebildeten Fraktion „Zur Sache. Mettmann“ und mit einem Pressegespräch hat sich auch der Bund der Steuerzahler in die Diskussion eingemischt. Protest und Kritik zeigten Wirkung, die große Steuererhöhung ist vom Tisch. Der BdSt empfiehlt, alle Investitionen mit Blick auf die Folgekosten neu zu planen und die interkommunale Zusammenarbeit auszubauen.

Mit Vertretern der örtlichen Wählergemeinschaft diskutierten die Haushaltsexperten des BdSt den Etat der Stadt **Fröndenberg**. Das Haushaltsloch von gut einer Million Euro kann durch Griff in die Rücklage gestopft werden. Die Kommunalsteuern sollen nicht erhöht werden. Das lobte der Bund der Steuerzahler ausdrücklich. Anlass zur Sorge bereitet aber die Zunahme der Verschuldung. Ein besonderes Sorgenkind ist **Ochtrup**. Hier soll die Grundsteuer B massiv steigen. Mit Vertretern der örtlichen CDU-Fraktion lotete Kanski die Chancen aus, diese ungewöhnliche Steuererhöhung doch noch zu umgehen. Deutlich wurde, dass auch die CDU-Fraktion die Steuererhöhungspläne der Verwaltung entschieden ablehnt. Sie stehen auch im Zusammenhang mit örtlichen Großprojekten. Die Stadt plant in den nächsten Jahren den Bau eines neuen Rathauses und einer Feuerwache. Der BdSt riet den Verantwortlichen, eine Prioritätenliste aufzustellen, die Bau- und Folgekosten der Investitionen nie aus den Augen zu verlieren und die Steuererhöhungspläne zu überarbeiten.

In zwei weiteren Orten im Kreis Steinfurt machten sich die Kommunalpolitiker das Fachwissen des BdSt NRW zunutze: Die FDP in **Altenberge** und die Wählergemeinschaft in **Greven** sprachen mit Markus Berkenkopf und ließen sich Tipps zu ihren jeweiligen Haushalten geben. Denn das Lesen und Interpretieren der Etatentwürfe will gelernt sein! Mit dem Bund der Steuerzahler NRW wird das möglich.



Grundsteuer B steigt stetig

Zwischen 2010 und 2020 haben 385 der 396 Städte und Gemeinden die **Grundsteuerhebesätze** erhöht, durchschnittlich um 37 %. Lediglich vier Städte und Gemeinden haben ihre Grundsteuerhebesätze gesenkt: Monheim am Rhein, Verl, Reken und Langenfeld. Die Konsequenz ist aktuell eine heterogenere Grundsteuerlandschaft als es 2010 der Fall war. Für die Bürger bedeuten die Unterschiede ein weiteres Mal das Auseinandergehen der Wohn- und Lebensbedingungen. Schon der Stärkungspakt des Landes hat viele Städte und Gemeinden zu erheblichen Steigerungen ihrer Hebesätze geradezu motiviert. Der Stärkungspakt sah eine finanzielle Unterstützung des Landes für notleidende Kommunen vor, die bereit waren, dafür einen erheblichen Eigenanteil an Konsolidierung zu leisten – unter anderem, indem sie die Grundsteuer erhöhten.

Für den BdSt NRW ist diese deutlich überproportionale Belastungssteigerung durch die Städte und Gemeinden sehr bedenklich. Die Grundsteuer ist von einer Steuer mit einigermaßen niedriger Belastungswirkung zu einer regelrechten Belastungssteuer geworden. Viele Städte und Gemeinden nehmen nun neben dem Bund und dem Land den Steuerzahlern real einen bedeutenden Teil der Entscheidungsfreiheit, wie sie ihr Einkommen verwenden wollen.

In einer Blitzumfrage hat der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen bei den Städten und Gemeinden die – voraussichtlichen – Hebesätze der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer für das Jahr 2022 abgefragt. Mancherorts stehen die Debatten noch aus. Der Blick übers Land von Aachen bis Zülpich zeigt eine dramatische Entwicklung. Daran nicht unbeteiligt ist das Land Nordrhein-Westfalen. Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz für das Jahr 2022 wurden die so genannten fiktiven Hebesätze getrennt nach kreisfreien Städten und kreisangehörigen Kommunen ausgewiesen und – mit Ausnahme des gesenkten Hebesatzes der Gewerbesteuer im kreisangehörigen Raum – deutlich angehoben. Das setzt eine Steuererhöhungsspirale in Gang. Das sind die Einzelergebnisse der BdSt-Analyse:

Gewerbesteuer

fiktiver Hebesatz kreisfreie Städte 435 % (2021: 418 %)
fiktiver Hebesatz kreisangehörige Gemeinden 414 % (2021: 418 %)

Bei der Gewerbesteuer planen 27 Kommunen für das Jahr 2022 eine Steuererhöhung, 18 Gemeinden senken den Hebesatz. Insgesamt 13 Kommunen legen künftig den fiktiven Hebesatz zugrunde, 29 bleiben darunter. Für den kreisfreien Raum ergibt sich ein durchschnittlicher Hebesatz von gut 482 %. Bei den kreisangehörigen Kommunen liegt der durchschnittliche Hebesatz bei 451 %.

Grundsteuer B

fiktiver Hebesatz kreisfreie Städte: 511 % (2021: 443 %)
fiktiver Hebesatz kreisangehörige Gemeinden: 479 % (2021: 443 %)

Nach derzeitigem Stand haben 93 Kommunen eine Anhebung der Grundsteuer bereits beschlossen oder beabsichtigen es. 43 dieser Kommunen wollen den fiktiven



Hebesatz zugrundelegen. Bei den kreisfreien Städten liegen lediglich Düsseldorf (440 %) und Münster (510 %) unterhalb des fiktiven Hebesatzes. Es ergibt sich ein durchschnittlicher Hebesatz von 563 %.

Grundsteuer A

fiktiver Hebesatz kreisfreie Städte: 235 % (2021: 223 %)
fiktiver Hebesatz kreisangehörige Gemeinden: 247 % (2021: 223 %)

Von den 23 kreisfreien Städten setzen lediglich vier den Hebesatz unterhalb des fiktiven Hebesatzes an. Bei den kreisangehörigen Kommunen sind es 114. Über alle Städte und Gemeinden hinweg ergibt sich ein durchschnittlicher Hebesatz von gut 309 %.

Grunderwerbsteuer: Erste Entlastung im Jahr 2022

Wer ein Haus oder ein Grundstück kauft, zahlt in Nordrhein-Westfalen 6,5 % Grunderwerbsteuer auf den Kaufpreis. In den meisten anderen Bundesländern liegt der Steuersatz deutlich darunter. Die Landesregierung hat für das Jahr 2022 ein Förderprogramm für Nordrhein-Westfalen eingeführt. Es wird bei der Anschaffung von Wohneigentum für natürliche Personen ein Zuschuss von 2 % der Kaufsumme für die ersten 500.000 Euro des Kaufpreises gewährt. Stichtag für das Förderprogramm ist der 1. Januar 2022. Es gilt das Datum des Kaufvertrages. Das Förderprogramm endet am 31. Dezember 2022. Gefördert wird der Erwerb von Neu- und Bestandswohnimmobilien. Der Erwerb von unbebauten Grundstücken ist ebenfalls förderfähig. Der Antragstellende muss die Wohnimmobilie selbst als Hauptwohnung nutzen. Aus Sicht des Bundes der Steuerzahler kann dieses Förderprogramm nur ein erster Schritt für eine dauerhafte Entlastung bei der Grunderwerbsteuer sein. Wir fordern in einem ersten Schritt einen Stufentarif, bei dem Immobilienerwerb bis 250.000 Euro steuerfrei bleibt. Bis 500.000 Euro soll der Steuersatz 3,5 % betragen, bei einem Kaufpreis von mehr als 500.000 Euro dann 5 %. Der Ersterwerb einer Wohnimmobilie soll generell steuerfrei sein.

Grundsteuerreform: So hilft der Bund der Steuerzahler

Die Regierung in Düsseldorf hat sich bei der Reform der Grundsteuer für das Bundesmodell entschieden – und damit für die komplizierteste Variante mit dem größtmöglichen bürokratischen Aufwand für die Behörden und die Bürger. Mit einer umfangreichen Informationskampagne unterstützt der Bund der Steuerzahler NRW die Grundstückseigentümer, damit sie das neue Berechnungssystem nachvollziehen und ihre Meldepflicht gegenüber dem Finanzamt erfüllen können.

In einer ausführlichen Artikelserie in der Mitgliederzeitschrift erklärt der BdSt NRW den zeitlichen „Fahrplan“ für die neue Grundsteuer, erläutert die Berechnungsverfahren nach dem Ertragswert und dem Sachwert und gibt Tipps, wo die Grundstückseigentümer die Daten finden, die sie benötigen, um die Feststellungserklärung für das Finanzamt auszufüllen.

Diese Artikel und weiterführende Informationen hat der BdSt NRW auf einer Internetseite zusammengestellt, die er eigens für die neue Grundsteuer eingerichtet hat: www.steuerzahler.de/nrw/grundsteuer

In Webinaren und Präsenz-Vorträgen informieren die BdSt-Steuerfachleute über die Grundsteuerreform, die Bewertungsverfahren und beantworten die zahlreichen Fragen der Teilnehmenden.



Ihr BdSt streitet für Ihr Recht

Das Steuerrecht ist immer im Wandel. Neben gesetzlichen Änderungen haben auch aktuelle Gerichtsurteile Einfluss auf steuerliche Sachverhalte. Oft profitieren die Steuerzahler von neuen Gerichtsentscheidungen oder anhängigen Klageverfahren. In diesen Fällen wäre es schade, wenn der Steuerzahler aus Unkenntnis Aufwendungen steuerlich nicht geltend macht und damit womöglich zu viel Steuern zahlt. Der BdSt unterstützt zahlreiche Musterverfahren vor den Finanzgerichten, dem Bundesfinanzhof und dem Bundesverfassungsgericht. Stetig kommen neue Verfahren hinzu; andere Verfahren werden entschieden. Voraussetzung für die Unterstützung durch den BdSt ist, dass es sich um eine Rechtsfrage von allgemeiner und grundsätzlicher Bedeutung handelt und eine Klage Aussicht auf Erfolg hat.



Aktuelle Musterverfahren des BdSt

Verfahren gegen die Erhebung des Solidaritätszuschlags

Streitig ist, ob die Erhebung des Solidaritätszuschlags im Jahr 2007 gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstößt. Der Solidaritätszuschlag wird als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben. Eine solche Ergänzungsabgabe sieht die Verfassung vor, um im Einzelfall Bedarfsspitzen im Bundeshaushalt zu decken. Der BdSt vertritt die Auffassung, dass der Solidaritätszuschlag daher nicht auf Dauer erhoben werden darf. Das FG Niedersachsen hatte sich der Argumentation des BdSt angeschlossen und das Verfahren dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt. Das BVerfG hatte den Vorlagebeschluss des Niedersächsischen FG im September 2010 als unzulässig verworfen (Az.: BVerfG – 2 BvL 3/10). Das Niedersächsische FG hat am 21. August 2013 entschieden, die Frage erneut dem BVerfG vorzulegen. BVerfG – 2 BvL 6/14

Kurzarbeitergeld bei Gesellschaftergeschäftsführern

Beim Sozialgericht des Saarlandes wird geprüft, ob auch Gesellschaftergeschäftsführer einer GmbH einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben, wenn sie weniger als 50 Prozent an der Gesellschaft beteiligt sind. Im konkreten Fall wird ein Ingenieurbüro in der Rechtsform einer GmbH geführt. An der Gesellschaft sind drei Gesellschafter mit jeweils 33,33 Prozent beteiligt. Zwei von ihnen sind Geschäftsführer. Wegen der Verschiebung bereits beauftragter Projekte war im Januar 2020 ein erheblicher Arbeitsausfall zu verzeichnen. Deshalb beantragten die beiden Geschäftsführer bei der Agentur für Arbeit Kurzarbeitergeld, was diese ablehnte. Aus Sicht der Arbeitsagentur sei der Arbeitsausfall vermeidbar gewesen, da es gerade Aufgabe von Geschäftsführern sei, neue Kunden zu finden, um die Kurzarbeit zu vermindern oder zu beenden. Mit Unterstützung des BdSt soll nun gerichtlich überprüft werden, ob die Ablehnung der Arbeitsagentur rechtmäßig war. Viele Berater haben wiederholt festgestellt, dass Gesellschaftergeschäftsfüh-

rer, die weniger als 50 Prozent an einer GmbH beteiligt sind, zur Sozialversicherungspflicht herangezogen werden, ihnen dann umgekehrt aber Leistungen der Sozialversicherung mit Blick auf ihre Gesellschafterstellung verweigert werden.

SG Saarland – S 12 AL 296/20

Solidaritätszuschlag – Vorauszahlung 2020

Dieses Verfahren richtet sich gegen die Erhebung des Solidaritätszuschlags im Jahr 2020 und die (Teil-)Fortführung des Zuschlags 2021. Aus Sicht der Kläger hätte der Soli Ende 2019 auslaufen müssen, denn die Politik hatte den Solidaritätszuschlag stets mit dem Solidarpakt II – den Hilfen für die neuen Bundesländer – verknüpft. Diese endeten 2019, gleichwohl erhebt der Gesetzgeber auch für das Jahr 2020/21 den Zuschlag weiter in voller Höhe von Bürgern, Unternehmern und Sparern. Das Finanzgericht Nürnberg wies die Klage in erster Instanz ab, ließ die Revision aber wegen grundsätzlicher Bedeutung der Sache zu. Die Revision wurde im September 2020 beim Bundesfinanzhof eingelegt.

BFH – IX R 15/20

Erstattungszinsen und sonstige Vorsorgeaufwendungen

Umstritten ist, ob Erstattungszinsen der Besteuerung unterliegen. Gemäß § 233a Abgabenordnung sind Steuererstattungen und Steuernachforderungen nach Ablauf eines bestimmten Zeitraums mit 6 Prozent per anno zu verzinsen. Bekommt der Steuerzahler vom Finanzamt Geld erstattet, muss das Finanzamt 6 Prozent Zinsen an den Steuerzahler auszahlen (Erstattungszinsen). Der Bundesfinanzhof hatte 2010 entschieden, dass die gezahlten Erstattungszinsen beim Steuerzahler nicht der Besteuerung unterliegen. Darauf hat der Gesetzgeber mit einem Nichtanwendungsgesetz reagiert und festgelegt, dass Erstattungszinsen beim Steuerzahler als Kapitaleinnahme zu versteuern sind. Gegen diese Neuregelung hat der BdSt eine Musterklage begleitet, die 2020 in der Hauptsache für erledigt erklärt wurde, denn das Finanzamt hat den Steuerbescheid in diesem Punkt vorläufig gestellt. Hintergrund ist ein vorgreifli-

ches Verfahren, das dazu beim Bundesverfassungsgericht anhängig ist.

Az.: 2 BvR 482/14

Festsetzung des Solidaritätszuschlags auf das Körperschaftsteuerguthaben nach § 37 Abs. 5 KStG

Die Beteiligten streiten darüber, ob die Klägerin neben der Auszahlung des nach § 37 KStG festgestellten Körperschaftsteuerguthabens auch einen Anspruch auf Auszahlung des Solidaritätszuschlags hat. Von 1977 bis Ende 2000 wurde das Einkommen von Körperschaften nach dem Anrechnungsverfahren versteuert. Der Gesetzgeber entschied sich im Jahr 2000, dieses Verfahren aufzuheben. 2001 wurde daher ein völliger Systemwechsel vom Anrechnungsverfahren zum Halbeinkünfteverfahren vollzogen. Im Rahmen der Übergangsvorschriften vom Anrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren wurde das noch vorhandene Körperschaftsteuerminderungspotenzial zu einem Körperschaftsteuerguthaben umgewandelt. Die Auszahlung des Guthabens erfolgt beginnend mit dem Jahr 2008 in zehn gleichen Jahresraten. Dabei wird das Guthaben nicht verzinst und der entsprechende Solidaritätszuschlag nicht erstattet. Gegen die Nichterstattung des Solidaritätszuschlags richtet sich diese Klage. Der BFH hat dem BVerfG die Streitfrage vorgelegt und das Verfahren bis zu einer Entscheidung des BVerfG ausgesetzt. Das BVerfG hat mit Beschluss vom 27.10.2021 die Vorlage für unzulässig erklärt.

BVerfG – 2 BvL 12/11

Hausnotrufsystem im Privathaushalt

Senioren, die ein Hausnotrufsystem nutzen, damit sie im Ernstfall schnell Hilfe erhalten, können die Kosten dafür in ihrer Einkommensteuererklärung geltend machen. Das hat das Finanzgericht Baden-Württemberg im Juni 2021 entschieden. (Urteil vom 11. Juni 2021, Az.: 5 K 2380/19). Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, denn das Finanzamt hat gegen das Urteil Revision beim BFH eingelegt. Im Musterfall lebte die 1939 geborene Klägerin allein in ihrem Haushalt und nutzte ein so genanntes Hausnotrufsystem. Die Ausgaben dafür setzte die Seniorin in ihrer Einkommensteuererklärung als haushaltsnahe Dienstleistung an. Das Finanzamt strich aber den Steuerabzug. Begründung der Finanzbeamten: Diese Kosten seien nur absetzbar, wenn der Steuerzahler im Heim wohnt. Doch das Finanzgericht gab der Seniorin recht und erkannte – wie bei haushaltsnahen Dienstleistungen gesetzlich vorgesehen – 20 Prozent der Kosten des Hausnotrufsystems als haushaltsnahe Dienstleistung steuermindernd an. Da üblicherweise Haushaltsangehörige im Bedarfsfall Hilfe holen, ersetze das Notrufsystem bei Alleinlebenden die Überwachung im Haushalt, urteilten die Richter.

BFH – VI R 14/21

Krankengeld und Rentenversicherungsbeiträge

Bei dieser Klage geht es um die Frage, ob die vom Krankengeld abgezogenen Beiträge zur Renten- und Pflegeversicherung bei der Einkommensteuererklärung abgesetzt werden dürfen. Das Finanzamt berücksichtigt diese Zahlungen nicht steuermindernd, weil das Kran-

kengeld selbst steuerfrei und Ausgaben im Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen nicht abziehbar seien, so die Argumentation. Dagegen wendet sich die Klägerin, die wegen einer Erkrankung im Jahr 2018 Krankengeld erhalten hatte. Davon wurden Beiträge zur Renten- und Pflegeversicherung einbehalten, die die Klägerin in ihrer Einkommensteuererklärung 2018 angab. Seit dem Jahr 2019 erhält die Klägerin eine vorgezogene Altersrente. Dabei werden auch die Rentenversicherungsbeiträge, die ihr während der Erkrankung abgezogen wurden, im Rentenverlauf berücksichtigt. Obwohl sie 2018 die Rentenversicherungsbeiträge nicht steuermindernd absetzen darf, wird die Rentenauszahlung besteuert. Ob dies rechtmäßig ist, soll das Finanzgericht Köln überprüfen.

FG Köln – 11 K 1306/20

Kinderfreibetrag-Anrechnung von Kindergeld

Müssen sich Eltern Kindergeld anrechnen lassen, das sie nicht erhalten haben? Hintergrund ist eine seit dem Jahr 2018 geltende Regelung, wonach das Kindergeld nachträglich nur noch für die zurückliegenden sechs Monate ausbezahlt wird. Stellen Eltern den Kindergeldantrag zu spät, erhalten sie dementsprechend nicht mehr den kompletten Betrag. Im Rahmen der Einkommensteuererklärung wurde ihnen dennoch das vollständige Kindergeld angerechnet, auch wenn sie dieses nicht erhalten hatten. Gegen diese Regelung richten sich unsere Musterklagen. Im konkreten Fall gingen die Eltern zunächst davon aus, dass ihnen kein Anspruch auf Kindergeld mehr zusteht. Dementsprechend beantragten sie das Kindergeld für das Jahr 2017 erst rückwirkend im Mai 2018, sodass sie für das Jahr 2017 nur für November und Dezember Kindergeld erhielten. In der Einkommensteuererklärung für das Jahr 2017 wurde das Kindergeld hingegen für das volle Jahr angerechnet. Die dagegen gerichtete Klage hatte beim Finanzgericht Hessen Erfolg. Allerdings legte das Finanzamt Revision beim Bundesfinanzhof ein. In einem Parallelfall beantragen die Eltern für die Jahre 2016 und 2017 das Kindergeld zunächst nicht. Als die Eltern dann rückwirkend einen Kindergeldantrag stellten, wurde dieses nur gemäß § 66 Abs. 3 EStG (§ 70 EStG-neu) für die zurückliegenden sechs Monate in 2017 ausbezahlt. Bei der Einkommensteuererklärung für das Jahr 2016 wurde ihnen das Kindergeld, das sie nicht erhalten hatten, vollständig hinzugerechnet. Gegen diese Regelung richtet sich ihre Klage vor dem Hessischen Finanzgericht. Hinweis: Im Sommer 2019 hat der Gesetzgeber das Problem erkannt und mit dem „Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmisbrauch“ einen neuen § 31 Satz 5 EStG eingefügt. Danach bleibt das Kindergeld, das festgesetzt, aber nicht ausbezahlt wurde, bei der Steuerberechnung außen vor. Im Ergebnis ist der Gesetzgeber damit der Argumentation des BdSt gefolgt. Allerdings gilt die Änderung nicht für die hier streitigen Altfälle.

BFH – III R 50/19

Parallelverfahren FG Hessen – 2 K 1471/18

Pflege-WG: Kosten als außergewöhnliche Belastung

Wer aus gesundheitlichen Gründen in eine Pflege-WG zieht, kann diese Ausgaben als außergewöhnliche Belas-

tungen absetzen, entschied das Finanzgericht Köln. Jetzt liegt der Fall dem Bundesfinanzhof vor: Im Streitfall klagte ein Ehepaar gegen seinen Einkommensteuerbescheid, weil das Finanzamt die Kosten für die Unterbringung des Ehemannes in einer Pflege-WG nicht anerkennen wollte. Er erlitt bei einem Motorradunfall schwere Verletzungen und ist seitdem als pflegebedürftig (Pflegegrad 4) eingestuft. Aufgrund seines noch jungen Alters entschied sich das Paar für eine Pflege in einer Wohngemeinschaft. Dazu mietete es Wohnraum in einer Pflege-WG an. Für die Versorgung des individuellen Bedarfs – also die Pflege und Betreuung – beauftragte der Kläger weitere Dienstleister. Weil Unterbringung und Pflege nicht aus einer Hand erfolgten, strich das Finanzamt die Ausgaben für die Wohnkosten. Die Unterbringungsform ist nach Ansicht des Finanzgerichts Köln jedoch nicht entscheidend. Deshalb können die Unterkunftskosten für die Pflege-WG, abzüglich einer pauschalen Haushaltersparnis, steuermindernd angesetzt werden. Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig, da das Finanzamt Revision beim Bundesfinanzhof eingelegt hat.

BFH – VI R 40/20

Investmentsteuerreform

Gegenstand dieser Musterklage ist die Besteuerung von Kapitalerträgen nach der Investmentsteuerreform. Umstritten ist insbesondere, ob fiktiv festgestellte Gewinne zum 31. Dezember 2017 zu 100 % anerkannt werden dürfen, während Verluste, die aus dem Verkauf der Aktien ab 2018 entstehen, nur anteilig berücksichtigt werden müssen. Das kann beim Anleger zu einer Besteuerung von fiktiven Gewinnen führen.

FG Köln – 15 K 2594/20

Kinderfreibetrag 2014

Mit dem Kinderfreibetrag soll Eltern ein bestimmter Teil des Einkommens steuerfrei belassen werden, um das Existenzminimum ihrer Kinder abzusichern. Dies hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Alle zwei Jahre wird dazu der sog. Existenzminimumbericht vorgelegt, um die exakte Höhe des freizustellenden Bedarfs zu beziffern. Der 9. Existenzminimumbericht sah für das Jahr 2014 eine Anhebung des sächlichen Kinderfreibetrags auf 4.440 Euro vor, tatsächlich unterblieb jedoch eine Anpassung des Betrags. § 32 Absatz 6 Einkommensteuergesetz wies für das Jahr 2014 weiterhin nur einen Betrag von 2.184 Euro pro Elternteil bzw. 4.368 Euro pro Elternpaar aus. Ob der Gesetzgeber hinter den Vorgaben des Existenzminimumberichts zurückbleiben darf, soll mit diesem Verfahren prinzipiell geklärt werden. Juristisch geht es zudem um einen zweiten Punkt: Der Steuerbescheid des Klägers enthielt hinsichtlich des Kinderfreibetrags einen Vorläufigkeitsvermerk. Das heißt: Dieser Punkt wäre auch ohne die Klage von Amts wegen offengeblieben. Deshalb war in dem Verfahren auch zu klären, ob trotz des Vorläufigkeitsvermerkes ein Rechtsschutzbedürfnis des Klägers besteht. Das Finanzgericht München hat die Klage für zulässig, aber un begründet gehalten. Damit ist das Gericht zumindest im zweiten Punkt der Argumentation des BdSt gefolgt: Der Kläger durfte trotz des Vorläufigkeitsvermerks beim Fi-

nanzgericht klagen. In der Sache selbst hat das Finanzgericht die Klage hingegen abgewiesen. Aus Sicht des Gerichts ist neben dem sächlichen Kinderfreibetrag auch der Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung zu berücksichtigen. In der Gesamtschau unterdecken beide Beiträge das Existenzminimum nicht. Letztlich hat das Gericht aber die Revision zum Bundesfinanzhof wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtsache zugelassen. Diese wurde eingelegt, sodass nun der Bundesfinanzhof entscheiden muss. Im August 2017 ist das Bundesfinanzministerium dem Verfahren beigetreten.

BFH – III R 13/17

Rente: Doppelbesteuerung

In dieser Musterklage geht es um die Frage, wann bei Altersrenten eine Doppelbesteuerung vorliegt. Der Bundesfinanzhof entschied den Fall im Mai 2021 und legte erstmals eine konkrete Rechenformel für die Ermittlung einer Doppelbesteuerung vor. Insbesondere bei zukünftigen Senioren kann danach eine Zweifachbesteuerung auftreten. Daher mahnte das Gericht Reformen an. Die Musterklage selbst wies das Gericht jedoch zurück, da der Bundesfinanzhof nach seiner Formel in diesem Fall keine Doppelbesteuerung feststellen konnte. Gegen das Urteil wurde Verfassungsbeschwerde eingelegt. Dort geht es nun um die Frage, ob der Bundesfinanzhof eine potenzielle Witwenrente einrechnen durfte und ob bei privaten Rente eine übermäßige Besteuerung vorliegt. Aufgrund der laufenden Verfahren hat die Finanzverwaltung einen Vorläufigkeitsvermerk für alle Steuerbescheide in Bezug auf die Besteuerung der Basisrente veranlasst. Somit muss beim Verdacht der Doppelbesteuerung kein Einspruch mehr eingelegt werden.

Zum Hintergrund: Seit dem Jahr 2005 unterliegen Renten einer stärkeren Besteuerung. Dies allein führt jedoch noch nicht zu einer Doppelbesteuerung. Nur wenn Beiträge in die Rentenversicherung aus bereits versteuertem Einkommen gezahlt wurden und in der Auszahlungsphase erneut besteuert werden, liegt eine Zweifachbesteuerung vor. Umstritten ist, wie die Doppelbesteuerung konkret berechnet wird. Zum Fall: Der Kläger war zunächst als Angestellter, dann als selbstständiger Zahnarzt tätig. Neben der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung und dem zahnärztlichen Versorgungswerk hatte er mehrere private Rentenversicherungen abgeschlossen. Das Finanzgericht Kassel hatte in seinem Fall bereits eine Doppelbesteuerung festgestellt, diese aber als geringfügig angesehen.

BVerfG (2 BvR 1143/21 und 2 BvR 1140/21)

BFH – X R 20/19 (Vorinstanz: FG Kassel – 7 K 2456/14)

Stand: 1. Januar 2022



Umstrittene Pflegekammer

Große Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer Pflegekammer NRW hegt der Bund der Steuerzahler. Seine Bedenken und Kritik hat der Verband bereits mehrfach öffentlich geäußert.

Es ist zweifelhaft, dass die Pflegekräfte bis 2027 von dem Mehrwert einer Pflegekammer überzeugt werden können, da eine solche Kammer keine Interessenvertretung sein kann – genau das aber wünschen sich die Pflegekräfte. Nur überzeugte Mitglieder sind bereit, sich registrieren zu lassen und Pflichtbeiträge zu zahlen. Die 50 Millionen Euro, die das Land für die vorübergehende Beitragsfreiheit der Pflegekammer bereitstellen will, könnten sicherlich besser eingesetzt werden, um die Probleme der Pflegenden anzugehen.

Das Modell „Pflegekammer“ ist nicht nur teuer. Für einen Berufsstand, der hauptsächlich aus abhängig Beschäftigten besteht, ist es schlichtweg nicht das richtige Mittel, um für eine Verbesserung in Ausbildung und Arbeit zu sorgen.

Die Registrierung der etwa 200.000 Pflegekräfte in Nordrhein-Westfalen läuft schleppend. Viele Pflegekräfte haben neben der Zusatzbelastung durch die Pandemie keine Kapazitäten, sich eigenständig über die Vor- und Nachteile zu informieren. In Zeiten von chronischer Personalknappheit haben viele Pflegekräfte die Belastungsgrenze schon lange überschritten. Nun werden sie in dieser Zeit angeschrieben und aufgefordert, sich für

eine Zwangsmitgliedschaft registrieren zu lassen, ohne für sie direkt erkennbaren Mehrwert. So ist es keine Überraschung, dass der weitaus überwiegende Teil von ihnen den Aufforderungen zur Registrierung bislang nicht nachgekommen ist.

Eine Umfrage unter 1.503 Pflegekräften hat eine Zustimmung für die Gründung einer Pflegekammer von 79 % erreicht. Den an der Umfrage Beteiligten war zu diesem Zeitpunkt sicher nicht klar, dass die Finanzierung mit einem monatlichen Beitrag von 5 Euro monatlich nicht möglich sein wird und die einzige Alternative zu hohen Beiträgen die Finanzierung aus dem Landeshaushalt ist. Die von vielen Seiten im letzten Jahr geforderte Urabstimmung aller Pflegekräfte zur Pflegekammer wurde von der Landesregierung abgelehnt.

In Niedersachsen hat die Urabstimmung mit einem Ergebnis von 70,6 % gegen den Fortbestand zur Auflösung geführt, obwohl die Finanzierung der Kammer dauerhaft vom Landeshaushalt getragen werden sollte. Eine von der Politik unabhängige Pflegekammer kann jedoch nicht dauerhaft vom Land finanziert werden, auch wenn sie Aufgaben des Landes mitübernehmen soll. In Schleswig-Holstein hat die Urabstimmung mit 92 % zur Auflösung geführt. Auch hier gab es bereits Probleme im Registrierungsprozess, der innerhalb des sechsjährigen Bestands der Pflegekammer nie vollständig abgeschlossen werden konnte.

Ihr BdSt setzt sich ein und informiert

Umfangreiches Webinarprogramm

Der Bund der Steuerzahler NRW hat sein Webinarprogramm erheblich ausgebaut und allein in den Monaten Januar bis August dieses Jahres 130 Webinare veranstaltet. Mit Hilfe von internen und externen Referenten konnten wir unser Angebot im Vergleich zu 2020 um 30 Prozent steigern. Die Rückmeldungen dazu sind durchweg positiv und teilweise begeistert.

Unsere Webinare leisten einen wertvollen Beitrag zur Wissensvermittlung über steuerliche Anforderungen. So fördern Webinare wie „Meine erste Steuererklärung“, Steuererklärung für Arbeitnehmer oder für Senioren und „Haus und Steuern“ das Verständnis für bisher nicht wahrgenommene Pflichten und Erfordernisse. Webinare wie z. B. „Einsparpotenziale bei den Grundbesitzabgaben“ und „Steuerbegünstigte Zuwendungen an Arbeitnehmer“ zeigen, wie die Menschen Geld sparen können.

Auch grundlegende politische Informationen finden Interesse in den regelmäßigen Webinaren „Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung“ und „Eine steuerzahlerfreundliche Politik für NRW“.

Service-Themenseiten im Internet

Um breit über unsere Aktionen wie z. B. „Musterprozess für faire Abwassergebühren“ zu informieren, nutzen wir Google-Anzeigen und verlinken auf eine Themeninternetseite. Außerdem zeigen wir, wie sich Bürger durch einen Einspruch gegen die eigenen Abwassergebühren beteiligen können. Die Themenwebseite Corona-Hilfen wird nahezu täglich aktualisiert, um Mitglieder und Interessenten schnell und sicher zu informieren. Weitere Themenseiten gibt es für die Steuererklärung von Arbeitnehmern und Senioren. Damit finden sowohl Mitglieder als auch Nichtmitglieder leicht für sie relevante Informationen.

Service für Arbeitnehmer

Interessenten bieten wir einen besonderen Service. Sie können kostenfrei Webinare zum Thema „Steuererklärung für Arbeitnehmer“ besuchen sowie die dazugehörigen Broschüren anfordern. Angeboten werden Webinare für Fortgeschrittene und Einsteiger. Letztere sollen gerade Arbeitnehmer, die wegen der Kurzarbeit das erste Mal eine Steuererklärung abgeben müssen, unterstützen.



Service für Steuerberater

Wir bieten Webinare speziell zur Abrechnung der Corona-Soforthilfe an, denn die Corona-Hilfe wurde von den Unternehmen und Selbstständigen selbst und direkt beantragt, weshalb die Abrechnung nicht vom Steuerberater übernommen wird.

Service für Sportvereine

In Kooperation mit dem Tennis-Verband Niederrhein e.V., dem Tennisverband Mittelrhein e.V. und dem Westfälischen Tennis-Verband informierten wir Anfang 2021 Verantwortliche von regionalen Tennisvereinen, Tennis hallenbetreiber und Trainer über die Corona-Hilfen und ihre Möglichkeiten. Die finanziellen Hilfspakete in den ersten Monaten der Pandemie waren auf Unternehmer und Soloselbstständige zugeschnitten. Gemeinnützige Vereine erfüllten die Voraussetzungen für die allgemeinen Wirtschaftshilfen häufig nicht. Der BdSt NRW hat mit dem Bund der Steuerzahler Deutschland und dem Deutschen Tennisbund eine Aufforderung an die Bundesregierung gerichtet, das Ehrenamt und den Sport in der Pandemie besser zu unterstützen.

Broschüren

Auch im Jahr 2021 finden die Fachbroschüren und -informationen großen Anklang. Allein bis zur Jahresmitte haben wir mehr als 18.000 Informationen versendet. Davon waren fast 8.500 Bestellungen des Schwarzbuchs 2020/2021.

Die Meinung unserer Mitglieder und Mitstreiter

... mit großem Interesse haben wir Ihren jüngst veröffentlichten Artikel über den Bielefelder Jahnplatz gelesen. Zu Recht findet dieses Millionengrab auch bei Ihnen Beachtung.

... nachdem ich auf meine Anfrage in der letzten Woche sehr zeitnah umfangreiche Antworten erhielt, bin ich überzeugt und werde Mitglied. Es ist gut zu wissen, dass Sie sich einsetzen (...)

... ein kleines intensives Gespräch hat einen wunderbaren Wandel in der Bewertung (...) bewirkt. (...) Das Urteil und der Bund der Steuerzahler brauchte nur ein wenig erwähnt zu werden. Lieben Dank fürs Mut-Machen und einen schönen Tag!

... ganz herzlichen Dank, dass Sie sich die Zeit für das Telefonat zu meinem Problem genommen haben. (...) Ich bin froh, Mitglied in Ihrem Verein zu sein...

... ich habe gestern vom Finanzamt anliegenden korrigierten Steuerbescheid erhalten. Wenn ich das richtig interpretiere, hat die Finanzverwaltung damit unserem Einspruch stattgegeben und das Ganze ist zu unseren Gunsten erledigt. Ich möchte mich an dieser Stelle sehr für Ihre Unterstützung bedanken, ohne Ihre Hilfe hätte das nicht funktioniert.

... herzlichen Dank für Ihre detaillierten Beschreibungen Ihrer Maßnahmen gegen die Steuergeldverschwender. Damit haben Sie mich zum Umdenken bewogen und mich überzeugt, wie wichtig und erforderlich die Aufklärungsarbeit des BdSt ist.

... ich habe soeben an Ihrem Online-Seminar teilgenommen und möchte mich für Ihre Mühe ganz herzlich bedanken. Das Seminar hat mir sehr gut gefallen, Sie haben die Inhalte sympathisch und verständlich erklärt, es hat Spaß gemacht, Ihnen zuzuhören.

... Vielen Dank auf diesem Weg für das sehr informative Seminar gestern.

... An dieser Stelle möchten wir uns auch mal ganz herzlich für Ihr großes und interessantes Webinar-Angebot bedanken!

... ich freue mich über die vielen wertvollen Webinare, die Sie anbieten. ...

Hallo, ihr Superkämpfer für die Interessen der Bürger, toll, toll, toll!!! Wunderbar!!! Ich finde nur Superlative für euch!!! Das ist eine baldige Spende wert. Versprochen! Oder sogar die Mitgliedschaft, wenn ich es mir als Rentner leisten kann. Mit meinen 72 Jahren mache ich Jubelsprünge. (...) Ihr seid „Spitze“!!!

... als Sprecher der Bürgerinitiative Erftstadt-Herrig, möchte ich mich im Namen aller Herriger Bürgerinnen und Bürger für Ihre Ausdauer und Hartnäckigkeit bei dem Thema „Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“ recht herzlich bedanken. Ohne die aufwändigen Aktionen des Bundes der Steuerzahler wäre dieser Erfolg kaum möglich gewesen. Ich bin stolz darauf, Mitglied zu sein in einem Bund, der nicht nur redet, sondern beispielhaft an vorderster Front vorangeht und sich von der Politik nicht gängeln lässt. Danke. Heute wird gefeiert!!!

... Doch nun: Hurra! Straßenbaubeitrag wird auch in NRW abgeschafft! Endlich! (...) Die MBI bedanken sich ausdrücklich bei den Initiatoren der Volksinitiative vom Bund der Steuerzahler ...

... vielen Dank für die wirklich erfreuliche Nachricht! Man kann den Eindruck gewinnen, dass die noch amtierende Koalition die Bedeutung des Themas endlich erkannt hat, dies allerdings vor der demnächst anstehenden Wahl! Über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge werde ich daher erst „jubeln“, wenn die angekündigte Gesetzesänderung wirklich durch ist! Dennoch an dieser Stelle nochmals herzlichen Dank für die Inangriffnahme und offenbar erfolgreiche Durchführung der Volksinitiative!!

... herzlichen Glückwunsch an Sie. Als die Aktion gestartet wurde, dachte ich noch, ob das was bringt. Ja, hat es und es zeigt, dass Bürger gemeinsam etwas bewirken können, wenn es gut organisiert wird. Das ist ihr Erfolg. Machen Sie weiter und von unserer Seite aus unterstützen wir Sie gerne weiterhin.

... Jippieh, juchhu, super – nur das fällt mir gerade dazu ein! Und ein großes Dankeschön!!

... Herzlichen Glückwunsch für diesen grandiosen Erfolg. Ich bin stolz wenigstens als Unterstützer dabei gewesen zu sein. ...

... mit Freude habe ich erfahren, dass die Straßenausbaugebühren nun auch in NRW abgeschafft werden sollen. Mir ist bestens bekannt, dass gerade der Bund der Steuerzahler mit Unterstützung der SPD-NRW mit viel Herzblut und Beharrlichkeit für diese Ziel gekämpft hat. ... Da auch ich mich seinerzeit für die Volksinitiative engagiert und die Entwicklung aufmerksam verfolgt habe, ist es mir ein Anliegen, Ihnen und denjenigen, die sich aus Überzeugung für die Abschaffung eingesetzt haben, meinen Dank auszusprechen.

... die WEB-Veranstaltung hat mir sehr gut gefallen. Die wahrhaftig länderspezifischen Fragen des BdSt an die Kandidaten waren zutreffend. (...) Für die Aufklärung der Wähler ist das Format des BdSt „Spitze“



Das ist Ihr Bund der Steuerzahler

Vorstand

Dem Vorstand gehörten im Berichtszeitraum an:

Vorsitzender Rik Steinheuer, Rechtsanwalt,
Solingen

**stellvertretender
Vorsitzender** Eberhard Kanski, Dipl.-Volkswirt,
Ratingen

Mitarbeiter

Am Ende des Berichtsjahres beschäftigte der Verein durchschnittlich 41 Mitarbeiter.

Vereinsregister/ Gemeinnützigkeit

Die Eintragung in das Vereinsregister erfolgte am 11. November 1949. Die Registernummer lautet 3367. Änderungen der Satzung erfolgten durch Beschluss der Mitgliederversammlungen vom 5. Mai 1994, 17. April 2002, 21. April 2004 und vom 29. Oktober 2007, 4. Oktober 2010 und 12. Oktober 2011.

Die Bescheinigung der Gemeinnützigkeit bis 2021 wurde vom Finanzamt Düsseldorf-Nord am 14. Februar 2018 erteilt.

Im Jahr 2021 tagte der Verwaltungsrat am 27. April online und am 1. Oktober in Präsenz.

Die Jahresmitgliederversammlung 2021 fand am 5. Oktober 2021 als Onlineveranstaltung statt.

Verwaltungsrat

Dem Verwaltungsrat des Landesverbandes gehörten im Berichtsjahr folgende Mitglieder an:

Vorsitzender Knut-Rüdiger Heine
Assessor, Münster

**stellvertretender
Vorsitzender** Prof. Dr. Cay Folkers
Universitätsprofessor em.,
Bochum (bis 1.10.2021)

weitere Mitglieder Juana Bleker
Dipl.-Betriebswirtin (VWA),
Bocholt

Michael Boeckhaus
Dipl.-Volkswirt, Neuss

Mario Genter
Steuerberater, Simmerath

Prof. Dr. Justus Haucap
Direktor des Düsseldorf
Institute for Competition
Economics (DICE) (ab 1.10.2020)

Georg Lampen
Rechtsanwalt, Lingen/Ems

Dr. Margrit Prohaska-Hoch
Dipl.-Volkswirtin, Siegen

Marc Sarburg
Wirtschaftsprüfer und
Rechtsanwalt, Düsseldorf

Prof. Dr. Olaf Schulemann
Dipl.-Ökonom, Herne

Gerd K. Schwierien
Dipl.-Optikermeister, Köln

Thomas Weber
Rechtsanwalt, Hagen

Der Bundesverband und das Deutsche Steuerzahlerinstitut

Dem Bund der Steuerzahler Deutschland und dem Deutschen Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler gehören alle 15 BdSt-Landesverbände als Mitglied an.

Die wichtigsten Arbeitsfelder des BdSt-Bundesverbandes sind die Steuer- und Finanzpolitik des Bundes und der EU. Vorstand und Mitarbeiter des Bundesverbandes unterstützen die Arbeit des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen in vielen steuer- und finanzpolitischen Themen. So ist der Austausch von Informationen, Fachwissen und Meinungen eine wesentliche Grundlage des Erfolges für den BdSt NRW. Regelmäßig treffen sich Referenten und Vorstandsmitglieder der Landesverbände, des Bundesverbandes und des Deutschen Steuerzahlerinstituts zu den Arbeitskreisen Haushalt,

Steuern, Soziales und Werbung. In den Arbeitskreisen werden Vorlagen und Empfehlungen für Vorstandsentscheidungen erarbeitet.

Die Stellungnahmen, Analysen und der fachliche Rat des Deutschen Steuerzahlerinstituts (DSi) sind eine wertvolle Bereicherung für den Bundesverband und für die einzelnen Landesverbände. Das DSi veröffentlicht nicht nur eigene Schriften, sondern bringt den Sachverstand des BdSt auch in Stellungnahmen für politische Ausschüsse und das Bundesverfassungsgericht ein.

Der Vorstand des BdSt NRW bedankt sich an dieser Stelle herzlich bei den Mitarbeitern des DSi und des Bundes der Steuerzahler Deutschland.

Bundesverband

Den Vorstand des Bundesverbandes bildeten im Berichtszeitraum:

Präsident	Reiner Holznagel M.A.
stellvertretender Präsident	Rik Steinheuer Rechtsanwalt
weitere Vorstands- mitglieder	Michael Jäger Dipl.-Kaufmann Eike Möller Dipl.-Volkswirt Ralf Thesing Rechtsanwalt
Ehrenpräsident	Dr. Karl Heinz Däke Dipl.-Volkswirt

Deutsches Steuerzahlerinstitut

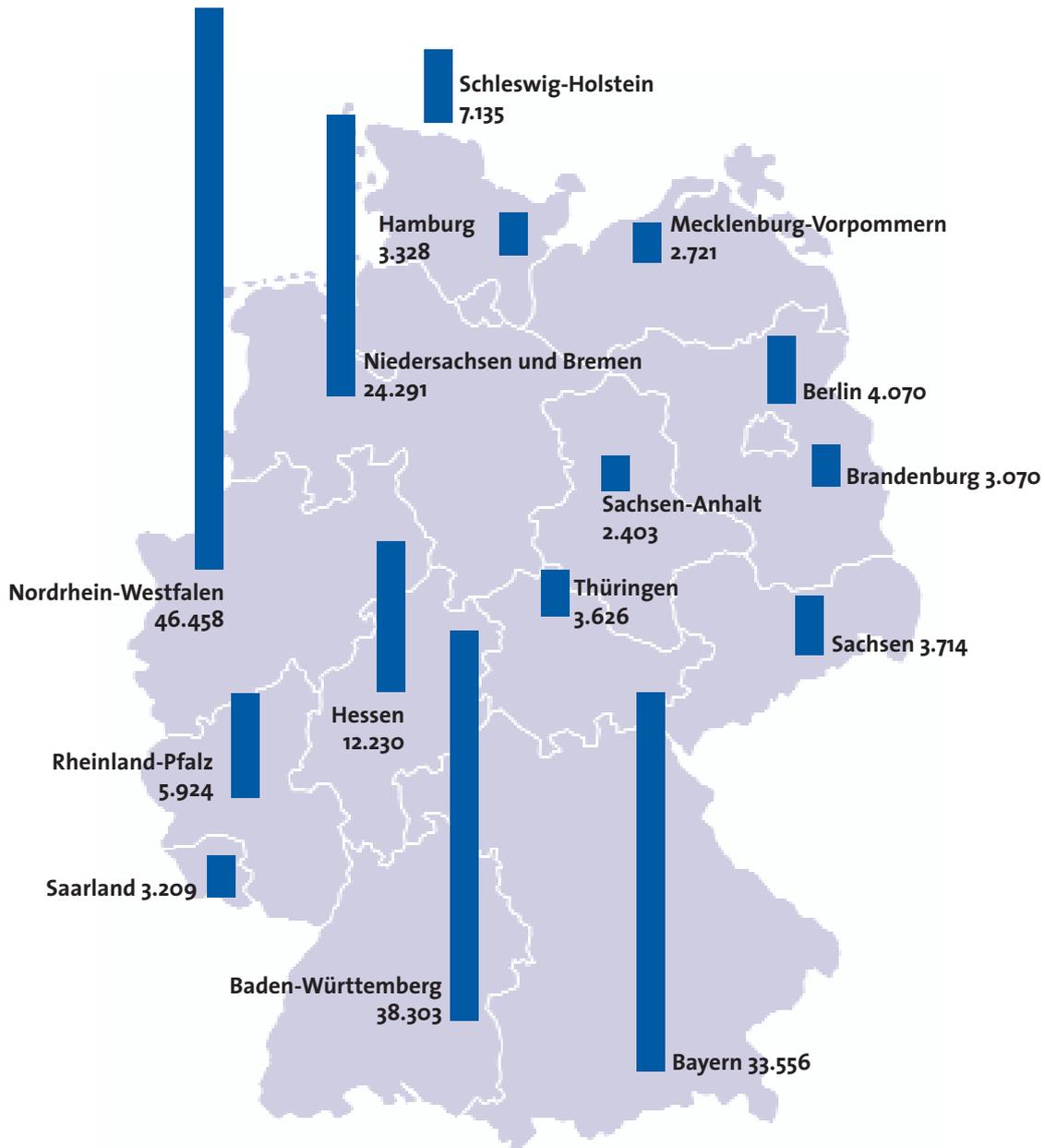
Im Berichtsjahr bildeten den Vorstand des Deutschen Steuerzahlerinstituts:

Vorsitzender	Reiner Holznagel M.A.
stellvertretender Vorsitzender	Rik Steinheuer Rechtsanwalt
weitere Vorstands- mitglieder	Eberhard Kanski Dipl.-Volkswirt Bernhard Zentgraf Dipl.-Volkswirt

Mitgliederentwicklung

Mit 2.116 neuen Mitgliedern und 108 Rückgewinnungen im Jahr 2021 konnte das Ergebnis des Vorjahres (1.304) deutlich verbessert werden. Die Zahl der Abgänge (2.663) ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken (2020: 3.043). Zu berücksichtigen ist, dass alle Mitglieder mit zwei offenen Beiträgen nach dem dreistufigen Mahnverfahren aus dem Verein ausgeschlossen werden.

Der Mitgliederbestand am 31.12.2021 betrug 46.458 Mitglieder.



194.038 Mitglieder im Bund der Steuerzahler

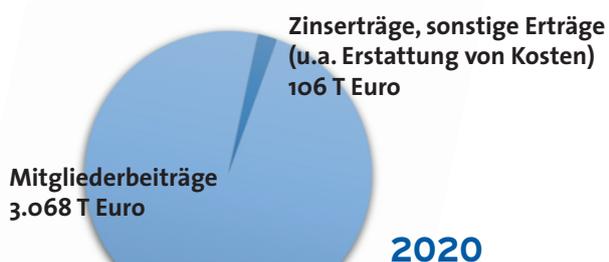
Stand: 31. Dezember 2021

Beitragsentwicklung und Finanzen

Die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen betragen 2.987 T Euro (Vorjahr: 3.068 T Euro). Der Jahresfehlbetrag von 242 T Euro (Vorjahr: 22 T Euro) wurde aus der Rücklage entnommen. Buchführung und Jahresabschluss wurden durch die von der Mitgliederversammlung gewählte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Die Prüfung hat zu keinen Einwänden geführt.

I. Erträge

Ordentliche Erträge
insgesamt: 3.133 T Euro



Ordentliche Erträge
insgesamt: 3.054 T Euro



II. Aufwendungen

Personalaufwand	1.499 T Euro	1.633 T Euro
Aktionen, Vereinsinformationen, Öffentlichkeitsarbeit	462 T Euro	487 T Euro
Umlage (BdSt Deutschland, DSI)	452 T Euro	426 T Euro
Verwaltungskosten	353 T Euro	329 T Euro
Werbung	108 T Euro	244 T Euro
Raum- und Grundstückskosten	61 T Euro	52 T Euro
Abschreibungen / Wertberichtigungen	84 T Euro	81 T Euro

Spenden für das DSI

Die Mitglieder-Spenden 2021 für das Deutsche Steuerzahlerinstitut (DSi) betragen 57.487 T Euro (Vorjahr: 56.754 Euro). Allen Spendern dankt der Vorstand dafür, dass sie durch ihre Spende an das DSI die Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen für die steuer- und finanzpolitische Arbeit des BdSt unterstützen.



Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des BdSt NRW 2020/2021

Fernsehauftritte

21.01.21	Abwassergebühr SAT.1 „NRW“ Markus Berkenkopf	17.03.21	Steuererklärung 2020 rund um die Corona-bedingten Änderungen WDR „Hier und heute“ Sabina Zickel
26.01.21	Erneute Kostensteigerung Oper Köln RTL „West“ Rik Steinheuer	06.04.21	Steuer- und Finanzpolitik von Armin Laschet im Land WDR „Westpol“ Rik Steinheuer
26.01.21	Erneute Kostensteigerung Oper Köln SAT.1 „NRW“ Rik Steinheuer	13.04.21	Schrankenposse in Hürth Webertainment Bärbel Hildebrand
03.02.21	Abwassergebühren-Musterprozess WDR „Lokalzeit Duisburg“ Markus Berkenkopf	13.04.21	Schrankenposse in Hürth SAT.1 „Akte“ Bärbel Hildebrand
05.02.21	Baukostensteigerungen WDR „Lokalzeit Köln“ Markus Berkenkopf	19.04.21	MSV Stadion + STEAG/RAG WDR „Aktuelle Stunde“ Jens Ammann
08.02.21	Steuergeldverschwendung: Protected Bike Lane in Bochum WDR Janine Bergendahl	19.04.21	Artikel „Scheuklappen statt Transparenz“ WDR „Westpol“ Jens Ammann
16.02.21	Kommunen und Schnee WDR „Lokalzeit Ruhr“ Bärbel Hildebrand	23.04.21	Soda-Brücke in Castrop-Rauxel RTL „Explosiv“ Bärbel Hildebrand
04.03.21	Brücke in Eslohe RTL „West“ Janine Bergendahl	06.05.21	Teure Feuerwehrehäuser in Münster WDR „Lokalzeit Münster“ Markus Berkenkopf
05.03.21	Kapitalanlagen Stadt Monheim am Rhein SAT.1 „NRW“ Eberhard Kanski	09.05.21	Landesbürgerschaft für Schalke 04 ZDF „Sportreportage“ Jens Ammann
09.03.21	Kapitalanlagen Stadt Emmerich WDR „Lokalzeit Duisburg“ Eberhard Kanski	11.05.21	Fahrplanmasten in den Kreisen Paderborn und Höxter Filmproduktion BLUB Andrea Defeld



12.05.21	Grundsteuer-Bundesmodell in NRW WDR „Hier und heute“ Sabina Zickel	30.09.21	Bodenwellen auf der A33 WDR „Lokalzeit OWL“ Bärbel Hildebrand
31.05.21	Doppelbesteuerung Renten WDR „Hier und heute“ Rik Steinheuer	06.10.21	Geysir in Monheim RTL „West“ Andrea Defeld
07.06.21	Konzentrationsprozesse bei NRW-Stadtwerken WDR „Lokalzeit Düsseldorf“ Eberhard Kanski	20.10.21	Anstieg der Energiepreise WDR „Aktuelle Stunde“ Rik Steinheuer
10.06.21	Kommunale Stadtwerke WDR „aktuell“ Eberhard Kanski	24.10.21	Stellenexplosion in den Landes- ministerien WDR „Westpol“ Rik Steinheuer
17.06.21	Schrankenposse in Hürth RTL „Guten Morgen Deutschland“ Bärbel Hildebrand	09.11.21	Schwarzbuch 2021/2022 WDR „Hier und heute“ Bärbel Hildebrand
17.06.21	Schrankenposse in Hürth ZDF „Drehscheibe“ Bärbel Hildebrand	09.11.21	Schwarzbuch 2021/2022 Sat.1 „NRW“ Bärbel Hildebrand
22.06.21	Steuergeld für Profifußball RTL „Mario Barth deckt auf“ Jens Ammann	09.11.21	Schwarzbuch 2021/2022 RTL „West“ Bärbel Hildebrand
26.06.21	Steuergeldverschwendung durch Corona RTL „Life“ Bärbel Hildebrand	09.11.21	Schwarzbuch 2021/2022 WDR „Lokalzeit Dortmund“ Bärbel Hildebrand
15.07.21	Umbenennung Schwarzbuch WDR „Lokalzeit Duisburg“ Eberhard Kanski	09.11.21	Schwarzbuch 2021/2022 WDR „Lokalzeit Düsseldorf“ Eberhard Kanski
25.08.21	Altfälle Erschließungsbeitrag WDR „Lokalzeit Südwestfalen“ Markus Berkenkopf	09.11.21	Schwarzbuch 2021/2022 WDR „Lokalzeit Düsseldorf“ Jens Ammann
03.09.21	Heinrich-Böll-Platz in Köln RTL „West“ Bärbel Hildebrand	09.11.21	Brücke über die Essel in Eslohe WDR „Lokalzeit Südwestfalen“ Markus Berkenkopf
29.09.21	Terminal in Duisburg RTL „Mario Barth deckt auf“ Jens Ammann	09.11.21	Schwarzbuch 2021/2022 Castrop-Rauxel RTL „West“ Andrea Defeld
23.09.21	Aussichtsplattformen in Köln RTL „Echt jetzt?!“ Bärbel Hildebrand		



09.11.21	Schwarzbuch 2021/2022 WDR „Lokalzeit Dortmund“ Andrea Defeld	08.06.22	Tankrabatt ZDF „Drehscheibe“ Bärbel Hildebrand
10.11.21	Oper Köln RTL „Stern TV“ Janine Bergendahl	17.06.22	Steuererleichterungen 2022 Sat.1 „NRW“ Sabina Büttner
15.11.21	BUGA in Wuppertal? WDR „Lokalzeit Bergisches Land“ Markus Berkenkopf	23.06.22	Vorstellung des schwarz-grünen Koalitionsvertrages Sat.1 „NRW“ Rik Steinheuer
15.12.21	Versprechungen der Landesregierung/Landeshaushalt 2022 Sat.1 „NRW“ Markus Berkenkopf		
02.02.22	Baukostenüberschreitungen bei Kulturbauten in Köln WDR „Lokalzeit Köln“ Bärbel Hildebrand	26.01.21	Abwassergebühr Radio WAF Markus Berkenkopf
21.02.22	Grundsteuerreform WDR „Aktuelle Stunde“ Hans-Ulrich Liebern	29.01.21	Abwassergebühr – Musterprozesse Radio WAF Markus Berkenkopf
17.03.22	Doppelte Brücke in Eslohe Kabel 1 „K1 Magazin“ Bärbel Hildebrand	11.02.21	Kultursubventionen in Düsseldorf Antenne Düsseldorf Markus Berkenkopf
15.03.22	Abschaffung Straßenbaubeitrag WDR „Aktuell“ Rik Steinheuer	10.03.21	Kapitalanlagen von Emmerich, Monheim und der Oper Bonn WDR 5 Eberhard Kanski
24.03.22	Straßenbaubeitrag WDR „Aktuelle Stunde“ Rik Steinheuer	28.04.21	Investitionen im Abwasserbereich, Kommunalhaushalt in Wickede (Ruhr) wickede.ruhr Markus Berkenkopf
22.04.22	Straßenbaubeitrag WDR „Lokalzeit Südwestfalen“ Markus Berkenkopf	05.05.21	Fahrplanmasten in den Kreisen Paderborn und Höxter Radio Hochstift Andrea Defeld
09.05.22	Bilanz der CDU/FDP-Landesregierung RTL „West“ Rik Steinheuer	11.05.21	Grundsteuer B in Ostwestfalen-Lippe WDR Hörfunk Rik Steinheuer
19.05.22	Abwassergebühren NRW nach OVG-Entscheidung WDR „Hier und heute“ Sabina Büttner	17.05.21	Oper für Düsseldorf Antenne Düsseldorf Bärbel Hildebrand

O-Töne im Hörfunk

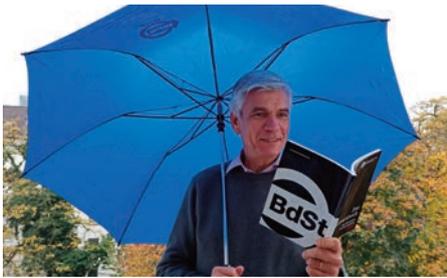


- 14.07.21 Steuergeld für Profifußball,
Hintergrundgespräch
Deutschlandfunk
Jens Ammann
- 15.07.21 Bürgernahe Sprache
Deutschlandfunk
Jens Ammann
- 24.09.21 Erweiterung Museum Küppersmühle
WDR 5 „Morgenecho“
Bärbel Hildebrand
- 30.09.21 Bodenwellen auf der A33
WDR
Bärbel Hildebrand
- 24.10.21 Stellenexplosion in den
Landesministerien
WDR 5
Rik Steinheuer
- 09.11.21 Schwarzbuch 2021/2022
WDR
Janine Bergendahl
- 09.11.21 Schwarzbuch 2021/2022
Radio Bonn / Rhein-Sieg
Bärbel Hildebrand
- 09.11.21 Schwarzbuch 2021/22
WDR 2
Rik Steinheuer
- 09.11.21 Schwarzbuch 2021/22
WDR
Eberhard Kanski
- 09.11.21 Schwarzbuch 2021/22
Antenne NRW
Bärbel Hildebrand
- 09.11.21 Schwarzbuch 2021/2022
WDR 5 „Westblick“
Andrea Defeld
- 24.11.21 Haltestellenmasten Paderborn/Höxter
Radio Hochstift
Andrea Defeld

- 02.12.21 Abrechnungsfrist NRW-Soforthilfe
Antenne Niederrhein
Sabina Büttner
- 07.12.21 Grundsteuer und Grunderwerbsteuer
Radio Wuppertal
Markus Berkenkopf
- 10.02.22 Haushalt Mettmann
WDR
Eberhard Kanski
- 21.02.22 Grundsteuerreform
WDR 5
Hans-Ulrich Liebern
- 17.05.22 Musterprozess Abwassergebühren
Radio NRW
Rik Steinheuer
- 16.05.22 Abwassergebühren
Radio Vest
Bärbel Hildebrand

Neue Recherchen

- 1/21 NRW
Freiwilligendienst Impfen Corona
- 1/21 Bonn
Ausbau Rheinpromenade
- 1/21 Düsseldorf
Radhaus
- 1/21 Dortmund
Brücke Rombergpark
- 1/21 Erftstadt
Schilderwald L267
- 1/21 Duisburg
Terminal der DB
- 2/21 Lüdenscheid
Wahlwerbung



2/21	Bochum Protected Bike Lane	3/21	Schwerte Gesamtschule
2/21	Steinheim Radweg entlang Hauptstraße	3/21	Düsseldorf Neubau Oper
2/21	Rheinberg Altes Rathaus	3/21	Nahverkehrsverbund Kreis Paderborn/Kreis Höxter und Strassen NRW Masten vor Bushaltestellen
2/21	Essen Bussi	3/21	Mettmann Fahrzeug für Einsatzleitung Feuerwehr
2/21	Duisburg My Bus	3/21	Halver Sanierung Heerstraße
2/21	Hopsten Radwegverengung	3/21	Bochum, Essen Duisburg, Dortmund, Dinslaken, Oberhausen Treuhandfunktion der RAG bei der KSBG / STEAG
2/21	Land NRW Ungenutzte Laptops Schulministerium	3/21	Mönchengladbach Kostensteigerung Brücke
2/21	NRW/Bremen/Rheinland-Pfalz/Berlin/ Hamburg Veröffentlichungen von Zuwendungen im Internet	3/21	Recklinghausen Dimmer an, Dimmer aus
2/21	Wegberg Kostensteigerung Feuerwache	3/21	Rheine/KWW Verkauf städt. Grundstück an kommunales Wasserwerk
2/21	Rheine Sanierung Rathauszentrum	3/21	Bad Honnef Spielplatz Insel Grafenwerth
2/21	Bonn Ungenutzte Computer an Bonner Schule	3/21	Essen Rodungen Radtrasse
3/21	Troisdorf Alte Straßenplanung 332n	3/21	FC Köln Landesbürgerschaft für den 1. FC Köln
3/21	Borchen Kita bekommt Küche	4/21	Düsseldorf Förderprojekt „Essbare Stadt“
3/21	Düsseldorf Vorplatz Düsseldorfer Schauspielhaus	4/21	Dortmund Brücke Rombergpark B54
3/21	Mettmann Abwahl 1. Beigeordneter	4/21	Kreis Lippe Neues Logo & Video
3/21	Bielefeld Wasserloser Wasserspielplatz	4/21	Bad Godesberg Sanierung der Stadthalle
3/21	Bielefeld Kostensteigerung Gesamtschule Schildesche		



4/21	Kreis Steinfurt Radweg Triangel	5/21	Landwirtschaftskammer/ Tierseuchenkasse Münster Anschreiben an Beitragszahler
4/21	Rheine Neubau Sporthalle Paul-Gerhardt-Schule	5/21	Köln Kostensteigerung Miqqa
4/21	Wuppertal Grüne Steine am Döppersberg	5/21	Bad Honnef/ Wald und Holz Wildgalgen
4/21	Bielefeld Abwahl Beigeordneter	6/21	Köln Freitreppe Domplatte
4/21	Kerpen Verkauf/Nicht-Verkauf Grundstück	6/21	NRW On-Demand-Shuttles
4/21	Castrop-Rauxel Soda-Brücke	6/21	Kreis Heinsberg Kostensteigerung Musikschule
4/21	Lemgo Fußweg Tonkuhlenteiche	6/21	Krefeld Grotenburg
5/21	Dortmund, Leverkusen, Mönchengladbach, Bielefeld, Köln, Gelsenkirchen, Bochum, Verl, Düsseldorf, Paderborn, Krefeld, Finanzielle Unterstützung für Fußballvereine der 1. – 3- Liga	6/21	Kierspe Bahnübergang
5/21	Staatskanzlei NRW Finanzielle Unterstützung für Fußballvereine der 1-3 Liga	6/21	Münster Flyover Brücke
5/21	Dortmund Kostensteigerung Robinson Spielplatz	6/21	Geldern, Goch, Velbert, Bochum, Recklinghausen, Korschenbroich Prämie für neu begrünte Schottergärten
5/21	Erkrath Feuerwehr	6/21	Blankenheim Rathaus
5/21	Schwerte Gesamtschule	6/21	Münster Gesamtkosten Klimaneutralität
5/21	Bielefeld Umbau Jahnplatz	6/21	Bocholt Reservierungsgebühren nichtöffentlich
5/21	Haan Rathaus	6/21	Kreis Wesel Corona-Testzentren
5/21	Köln Treppenturm Severinsbrücke	6/21	Mülheim an der Ruhr Gesundheitsamt Vorgehen Corona
5/21	Bad Honnef Spielplatz Insel Grafenwerth	6/21	BI, BN, E, DO, D, K, MS, Kreis ME, WAF, RE, SI, AC Sormas / Luca
		6/21	Land NRW 4 Anfragen an Sprecher „Digitales“ LRH-Bericht zur Umsetzung der e-Governmentstrategie Land NRW



6/21	Pulheim Haltestelle	9/21	Witten Kostensteigerung Rathaus
6/21	Kreis Euskirchen Soda-Brücke Euskirchen	9/21	Arnsberg Kostensteigerung Rathaus
6/21	Hamm Bulgarische Integrationsbeauftragte	9/21	Bad Salzuflen Kostensteigerung Rathaus
6/21	Meerbusch Welle	9/21	Köln Kostensteigerung Sanierung Parkcafé
6/21	Wuppertal Berliner Platz	9/21	Herne Feuerwache
6/21	Herford Kostensteigerung Ravensberger Gymnasium	9/21	Arnsberg Grimmeschule
7/21	Selm Skulptur auf Rodelberg	9/21	Unna Landesstelle Unna-Massen
7/21	Herford Brandschutz des Stadttheaters	9/21	Bochum Kostensteigerung Kunstrasenplatz
7/21	Deutsche Bahn Terminal im Duisburger Hafen	9/21	Hattingen Gesamtschule Hattingen
6/21	Geldern, Goch, Korschenbroich, Bielefeld Prämie für neu begrünte Schottergärten	9/21	Düsseldorf B8 Rückbau
7/21	Finanzministerium NRW Kaufpreis Westspiel	10/21	Straßen.NRW Eckige Haltestellenmasten
8/21	Krefeld Zoo neues Affenhaus	10/21	Bad Laasphe Busbahnhof Feudinggen
8/21	Westalica, Bad Oeynhausen Förderung von Mährobotern	10/21	Issum Kostensteigerung Brücke
8/21	Düren Schülerausweis vs. Bürgertest	10/21	Bergneustadt Dritter Ort „Jägerhof“
9/21	Essen Geplante Brücke im Kaiser-Wilhelm-Park	10/21	Ahlen Kostensteigerung Rathaus
9/21	Rheine Kreisverkehr Berlbomstiege	10/21	Münster Preußenstadion
9/21	Mettmann Beschaffung Schulcontainer	10/21	Dortmund/Wasser- und Schiffahrtsamt Rheine Rampensanierung Schwieringhauser Brücke
9/21	Leverkusen Grüne Zebrastreifen	11/21	Coesfeld Lette Plattform mit Blick auf Familienhaus



11/21	Bonn Oper Sanierung oder Neubau?	1/22	Köln Historische Mitte
11/21	Coesfeld Plattform am Generationenpark	1/22	Köln Römisch-Germanisches Museum
11/21	Remscheid 13 Mio für Ebert-Platz	1/22	NRW Roboter-Polizeihund
11/21	Burscheid Aussichtsplattform an Balkantrasse	1/22	Kommunalministerium NRW Verschuldung für abgeschlossene Projekte
11/21	Herten Doppelter Radweg	1/22	Monheim Swaps, Wirtschaftlichkeitsberechnung Großprojekte, Verschuldung für abgeschlossene Projekte
11/21	Leverkusen Kostensteigerung Fahrradparkhaus	1/22	FM NRW Verkauf Bremer Spielcasino an Bremer Lotto
11/21	Xanten Rathaus Neubau	2/22	Gelsenkirchen Kostensteigerung Wertstoffhof
12/21	Kreis Düren Umbenennung Kreis	2/22	Altenberge Rampe am Marktplatz
12/21	Gronau Wasserlauf	2/22	Bielefeld Altstadt-Test
12/21	Gütersloh Brücke über B61	2/22	Dormagen Kauf Ringcenter
12/21	Marl P+R-Platz Marl-Sinsen	2/22	Krefeld/Agentur für Arbeit Besuch einer Maßnahme mit fast 66 Jahren
12/21	Land NRW Umbau Staatskanzlei	2/22	Wachtendonk Bau einer Feuerwache mit Reserveflächen
12/21	Land NRW Impfzertifikate nach Booster-Impfung	3/22	Duisburg Campus Marxloh
12/21	Aachen Umzug der Oberbürgermeisterin	3/22	Bochum Fahrrad-Garagen
12/21	Bielefeld Verlängerung Linie 1 Sennestadt	3/22	Münster, NRW Ungeimpfte Orchestermitglieder bekommen Gehalt weiter
12/21	Lüdenscheid Straßensanierung Lindenau	3/22	MAGS Einsatz / Ende Sormas
1/22	Wuppertal Realschule Leimbach/Kostenexplosion	3/22	Neukirchen-Vluyn Kostensteigerung Wasserspiel
1/22	Olfen/Bezirksregierung Münster Neue Stever		



3/22	Essen Abteistraße/Werden	4/22	Bochum Gutachten Radentscheid
3/22	Wuppertal Umzug Rathaus in Bundesbahndirektion	4/22	Dinslaken Projektstand Shogun Town
3/22	Simmerath Kreisverkehr	4/22	Aachen Bürgerrat
3/22	Herne Multifunktionshalle	5/22	Remscheid Kauf ehemaliges Sinn-Leffers Gebäude
3/22	Siegen Musikpavillon im Schlosspark	5/22	Leverkusen Ertüchtigung City C
3/22	Rheine Rathauszentrum Rheine	5/22	Ratingen Kauf Hertiegebäude, Bau „Wallhöfe“
3/22	Enger Radweg Nordhofstraße	5/22	Altenbeken Podest für Schützenverein
3/22	Hückeswagen/Wipperfürth Piktogramme Radwegtrasse	5/22	Krefeld Update Grotenburg
3/22	Düsseldorf Neue Toilettenanlagen	6/22	Herford Bäume in Kübeln
3/22	Münster Neue Bänke	6/22	Essen Parklets
3/22	Neuss Tanz-Paare	6/22	Burscheid Rampe/Plattform
3/22	Herford Pflaster Fußgängerzone	6/22	Neuenrade Bäume an Burggrundschule
3/22	Duisburg Neue Straßenbahnen der DVG	6/22	Bielefeld Stadtbücherei Umbau Wissenswerkstatt
3/22	Düsseldorf/Straßen.NRW Rückbau B8 alt	6/22	Verkehrsministerium Neue Autobahn GmbH
4/22	Monheim Kosten Marina		



Pressekonferenzen, Redaktionsbesuche, Telefon-Aktionen

- | | | | |
|----------|--|----------|--|
| 21.01.21 | Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf
Musterprozess Abwassergebühren
Landespressekonferenz | 09.11.21 | Rik Steinheuer, Bärbel Hildebrand
Pressekonferenz Schwarzbuch 2021 |
| 11.02.21 | Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf
Online-Pressegespräch gemeinsam mit
Haus und Grund Neheim-Hüsten | 21.07.22 | Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf,
Bärbel Hildebrand,
RA Wilhelm Achelpöehler
Vergleich der Abfall- und
Abwassergebühren 2022
Landespressekonferenz |
| 05.08.21 | Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf,
Harald Schledorn, Bärbel Hildebrand
Vergleich der Abfall- und
Abwassergebühren 2021
Landespressekonferenz | | |

Vorträge, Diskussionen und Anhörungen

- | | | | |
|----------|--|----------|---|
| 09.01.21 | Eberhard Kanski
Fraktion Freie Wähler Kreis Heinsberg
Haushaltsberatungen | 08.02.21 | Eberhard Kanski
Fraktion „Zur Sache Mettmann!“
Haushaltsberatungen |
| 11.01.21 | Eberhard Kanski
CDU-Fraktion Ochtrup
Haushaltsberatungen | 15.02.21 | Sabina Zickel, Hans-Ulrich Liebern
Webinar für die Tennisverbände in NRW
Corona-Hilfen im Tennissport |
| 18.01.21 | Eberhard Kanski
Fraktion Freie Wähler Fröndenberg
Haushaltsberatungen | 19.02.21 | Markus Berkenkopf
Fraktion Freie Wähler Würselen
Haushaltsberatungen |
| 22.01.21 | Markus Berkenkopf
Wählergemeinschaft Greven
Haushaltsberatungen | 22.02.21 | Markus Berkenkopf
FDP-Fraktion Eschweiler
Haushaltsberatungen |
| 25.01.21 | Eberhard Kanski
Fraktion „Die Grafschafter“ Moers
Haushaltsberatungen | 01.03.21 | Eberhard Kanski
FBI-Fraktion Xanten
Haushaltsberatungen |
| 26.01.21 | Eberhard Kanski
FDP-Fraktion Mettmann
Haushaltsberatungen | 04.03.21 | Eberhard Kanski
FDP-Fraktion Emsdetten
Haushaltsberatungen |
| 29.01.21 | Markus Berkenkopf
Fraktionen Freie Wähler und SPD
in Greven
Haushaltsberatungen | 15.03.21 | Hans-Ulrich Liebern
Webinar für Rotary Hemer
Konjunktur/Steuern/Steuertarif |
| 04.02.21 | Eberhard Kanski
FDP-Fraktion Moers
Haushaltsberatungen | 18.03.21 | Markus Berkenkopf
FDP-Fraktion Verl
Haushaltsberatungen |



19.03.21	Markus Berkenkopf Fraktion Vereinigte Wähler- gemeinschaften Kreis Kleve Haushaltsberatungen	20.10.21	Jens Ammann Neuss, Landesamt der Polizei Nordrhein- Westfalen, Kriminalfachliche Fortbildung Wirtschaftskriminalität/ Steuergeldverschwendung
08.04.21	Eberhard Kanski FDP-Fraktion Langerwehe Haushaltsberatungen	21.10.21	Eberhard Kanski Stadt Ochtrup Mitarbeit in Steuerungsgruppe
16.04.21	Eberhard Kanski Fraktion „Zur Sache Mettmann!“ Kommunale Steuerpolitik	05.11.21	Markus Berkenkopf Fraktion „Wir sind Greven“ Haushaltsberatungen
26.04.21	Markus Berkenkopf FDP-Fraktion Bergheim Haushaltsberatungen	08.11.21	Markus Berkenkopf FWG-Fraktion Haushaltsberatungen
26.05.21	Eberhard Kanski Mitarbeit in städtischer Lenkungsgruppe, Ochtrup	12.11.21	Eberhard Kanski Bad Honnef Ratsfraktion „Bürgerblock“ Kommunale Investitionen
21.06.21	Markus Berkenkopf Fraktion Freie Wähler Kamen Haushaltsberatungen	15.11.21	Eberhard Kanski Fraktion „Die Grafschafter“ Moers Haushaltsberatungen
24.06.21	Markus Berkenkopf FDP-Fraktion Kerpen Haushaltsberatungen	16.11.21	Rik Steinheuer Steuerberaterkammertag Köln
05.07.21	Eberhard Kanski Stadt Ochtrup Mitarbeit in Steuerungsgruppe	18.11.21	Eberhard Kanski Fraktion „Freie Wähler“ Fröndenberg Haushaltsberatungen,
16.08.21	Eberhard Kanski Stadt Ochtrup, Mitarbeit in Steuerungsgruppe	20.11.21	Eberhard Kanski Fraktion „Freie Wähler“ Erkelenz Haushaltsberatungen
19.08.21	Hans-Ulrich Liebern Bad Fredeburg, VDK Rhein-Ruhr Steuererklärung für Senioren	22.11.21	Markus Berkenkopf BVK-Fraktion Haushaltsberatungen
24.08.21	Rik Steinheuer Landtag Nordrhein-Westfalen, Anhörung zum Gesetz zur Erhöhung der parlamentarischen Transparenz	25.11.21	Eberhard Kanski Ratsfraktion „Offene Klever“ Haushaltsberatungen
11.10.21	Eberhard Kanski UWG Kaarst Haushaltsberatungen	27.11.21	Markus Berkenkopf FWG-Fraktion Bergisch Gladbach Haushaltsberatungen
18.10.21	Markus Berkenkopf AFD-Fraktion Duisburg Haushaltsberatungen	30.11.21	Eberhard Kanski Stadt Ochtrup Mitarbeit in Steuerungsgruppe



- 01.12.21 Eberhard Kanski
FDP-Fraktion Emsdetten
Haushaltsberatungen
- 11.12.21 Eberhard Kanski
CDU-Fraktion Schwerte
Haushaltsberatungen
- 03.01.22 Markus Berkenkopf
FDP-Fraktion Altenberge
Haushaltsberatungen
- 19.01.22 Eberhard Kanski
FDP Langerwehe
Haushaltsberatungen
- 20.01.22 Eberhard Kanski
FBI-Fraktion Xanten
Haushaltsberatungen
- 21.01.22 Markus Berkenkopf
FW-Fraktion Heinsberg
Haushaltsberatungen
- 09.02.22 Eberhard Kanski
Fraktion „Bürger in Sonsbeck“
Haushaltsberatungen
- 17.02.21 Rik Steinheuer
Online-Akademiegespräch
Thomas-Morus-Akademie Bensberg,
„Vorfahrt für soziale Gerechtigkeit? Die
sozialpolitische Agenda der Ampel-
Koalition“
- 23.04.22 Markus Berkenkopf
Münsterland-Bürgerinitiativen
Straßenbaubeitrag
- 24.05.22 Eberhard Kanski
Plettenberg
Vortrag Haupt- und Finanzausschuss
- 01.06.22 Sabina Büttner, Hans-Ulrich Liebern
Duisburg
Grundsteuerreform
- 28.06.22 Sabina Büttner, Hans-Ulrich Liebern
Wuppertal
Grundsteuerreform
- 09.05.22 Hans-Ulrich Liebern
Haus und Grund Bielefeld
Grundsteuerreform

Gespräche mit Politik, Verwaltung und Verbänden

- 12.01.21 Eberhard Kanski
Flughafendirektor Dr. Marc Cezanne
Paderborn
Subventionen für Regionalflughäfen
- 18.01.21 Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern
Verband Wohneigentum
Musterprozess Abwassergebühren
- 19.01.21 Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern
Haus und Grund NRW
Musterprozess Abwassergebühren
- 19.01.21 Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf
Gespräch mit Christof Sommer und
Dr. Peter Queitsch
Städte- und Gemeindebund NRW
Musterprozess Abwassergebühren
- 18.03.21 Rik Steinheuer
Handwerk.NRW, Ausschuss für Wirt-
schafts-, Finanz- und Kreditpolitik
Grundsteuerreform
- 12.05.21 Rik Steinheuer
Transparency International
Regionalgruppe NRW
Transparenzgesetz für NRW
- 19.05.21 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Gespräch mit Olaf Lehne, MdL
Aktuelle Fragen der Steuer- und Finanz-
politik des Landes Nordrhein-Westfalen
- 21.05.21 Rik Steinheuer
Gespräch mit Dieter Koenemann,
Sprecher Landesarbeitsgemeinschaft
Finanzen Bündnis 90 / Die Grünen
Grundsteuerreform und kommunale
Benutzungsgebühren
- 26.05.21 Eberhard Kanski
Stadtkämmerer Roland Frenkert, Ochtrup
Haushaltspolitik Stadt Ochtrup
- 08.06.21 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Gespräch mit den Mitgliedern der CDU-
Landtagsfraktion im Ausschuss für Hei-
mat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Grundsteuerreform, Straßenbaubeitrag



05.07.21 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Gespräch mit Peter Preuß, MdL,
Vorsitzender Verband Wohneigentum
NRW e.V.
Straßenbaubeiträge, Grundsteuerreform,
Grunderwerbsteuer

06.07.21 Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf
Gespräch mit Bürgermeister Henning
Gronau, Erndtebrück
Straßenbaubeitrag, Altschulden-
Problematik der Kommunen

13.07.21 Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf
Gespräch mit Bürgermeister Burkhard
König und Kämmerer Andreas Plett,
Schmallenberg
Straßenbaubeitrag

14.07.21 Eberhard Kanski, Andrea Defeld
Gespräch mit Christina Kampmann, MdL,
digitalpolitische Sprecherin der SPD-
Landtagsfraktion
Digitalisierung in Nordrhein-Westfalen

26.08.21 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Ralf Witzel, MdL, stellv. Vorsitzender FDP-
Landtagsfraktion
Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen

01.09.21 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Stadtkämmerer Dr. Johannes Slawig,
Wuppertal
Straßenbaubeiträge

08.09.21 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Stefan Kämmerling, MdL, Christian Dahm,
MdL, SPD-Landtagsfraktion
Straßenbaubeiträge

09.09.21 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Stefan Zimkeit, MdL, haushalts- und
finanzpolitischer Sprecher der SPD-
Landtagsfraktion
Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen

23.09.21 Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf
Monika Düker, MdL
Einsparpotentiale im Landeshaushalt,
Grundsteuerreform

30.09.21 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Prof. Dr. Brigitte Mandt, Präsidentin
Landesrechnungshof NRW
LRH-Bericht, Landesfinanzen

04.11.21 Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf
Dr. Marcus Optendrenk/Sebastian Kahler
kaufm. Buchführung, Bilanzierung im
Landeshaushalt

11.11.21 Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf
Willy Blaßies, Vorsitzender
Landesfachausschuss Haushalt und
Finanzen der FDP NRW
Landeshaushalt, Straßenbaubeitrag,
Schwarzbuch

24.11.21 Rik Steinheuer, Sabina Büttner
Angela Lück, MdL und Christina Wenig,
MdL
Errichtung der Pflegekammer NRW

17.12.21 Rik Steinheuer, Bärbel Hildebrand
Daniel Freund, Mitglied des
Europäischen Parlaments
Steuergeldverschwendung im Raum
Aachen

17.01.22 Eberhard Kanski, Jens Ammann
Helmut Fiebig, Stadtkämmerer a.D.
Kommunalfinanzen in Monheim

01.02.22 Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf
Hans-Willi Körfges, Haushaltspolitischer
Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und
Alexander Böhn, Referent Haushalt und
Finanzen der SPD-Landtagsfraktion
Reform des Haushaltsrechts /
Bilanzierung im Landeshaushalt

11.02.22 Eberhard Kanski, Jens Ammann
Bürgermeisterin Sandra Pietschmann und
Stadtkämmerin Veronika Traumann
Kommunalfinanzen in Mettmann,
Grundsteuererhöhung

06.05.22 Eberhard Kanski
Stadtkämmerer Joachim Groll
Kommunalfinanzen in Plettenberg

19.05.22 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
Lars Martin Klieve, Vorstand Stadtwerke
Essen
OVG-Urteil Abwassergebühren



24.05.22	Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern Christof Sommer, Hauptgeschäftsführer, Dr. Peter Queitsch, Fachreferent und Dr. Jan Fallack, Büroleiter des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen Musterprozess Abwassergebühren	10.05.21	Rik Steinheuer Verleihung des Europäischen Handwerkspreises an Ministerpräsident Armin Laschet
31.03.22	Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Gespräch mit Verbändeallianz zum ge- wonnenen Musterprozess vor dem Ober- verwaltungsgericht NRW zur Höhe der Abwassergebühren	02.07.21	Eberhard Kanski #handwerkumzwoelf Vortrag Prof. Gabriel Felbermayr, Institut für Weltwirtschaft, Kiel
31.05.22	Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Gespräch mit Verbändeallianz über die Forderungen an die neue Landesregierung zu den Wohnkosten	31.08.21	Rik Steinheuer Westfälisch-Lippischer Kammertag Bochum
27.06.22	Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern Gespräch mit Haus und Grund Arnsberg über die neue Grundsteuer	01.09.21	Rik Steinheuer Institut Finanzen und Steuern „Steuerpolitik im Wahljahr“
		10.09.21	Rik Steinheuer #handwerkumzwoelf mit Thomas Kutschaty, Fraktionsvorsitzender der SPD im Düsseldorfer Landtag
		14.09.21	Rik Steinheuer, Eberhard Kanski Handwerk.NRW, Kommunalpolitisches Forum
		14.09.21	Rik Steinheuer, Markus Berkenkopf Verabschiedung des Vorsitzenden Haus & Grund Neheim-Hüsten e.V.
		22.10.21	Rik Steinheuer, Eberhard Kanski #handwerkumzwoelf mit Klaus-Peter Schöppner, Geschäftsführer Mentefactum Einstellungen und Erwartungen der Bürger an die Landesregierung
11.01.21	Rik Steinheuer Digitaler Neujahrsempfang der IHK Düsseldorf	22.09.21	Rik Steinheuer Gemeinsame Veranstaltung der Hand- werkskammern Düsseldorf, Dortmund und Münster in Bottrop Podiumsdiskussion vor der Bundestags- wahl
01.03.21	Rik Steinheuer, Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Düsseldorfer Steuerfachtagung	29.09.21	Rik Steinheuer Verbandstag 2021, Steuerberaterverband e.V. Köln
05.03.21	Eberhard Kanski #handwerkumzwoelf Vortrag Verkehrsminister Hendrik Wüst	18.10.21	Rik Steinheuer Deutscher Steuerberatertag 2021
07.05.21	Rik Steinheuer, Eberhard Kanski #handwerkumzwoelf Vortrag BdSt-Präsident Reiner Holznagel	03.11.21	Rik Steinheuer Parlamentarischer Abend Bankenverband Nordrhein-Westfalen

Besuch von Veranstaltungen

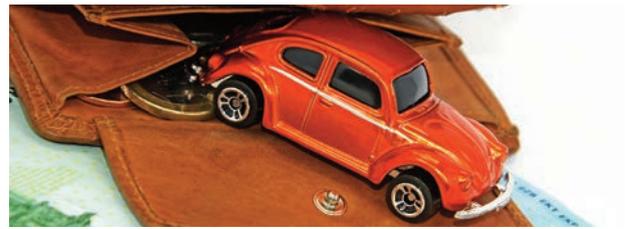


- 11.11.21 Eberhard Kanski, Hans-Ulrich Liebern
Finanzgericht Düsseldorf, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Reform des Gemeinnützigkeitsrechts
- 16.11.21 Rik Steinheuer
Kammertag Steuerberaterkammer Köln
- 18.11.21 Rik Steinheuer
Handwerkskammertag NRW,
Bericht Enquete-Kommission „Zukunft von Handwerk und Mittelstand in NRW“
- 12.01.22 Eberhard Kanski
NRW-Bank: Kommunalwirtschaftliches Forum
- 31.01.22 Rik Steinheuer
Deutscher Finanzgerichtstag „Steuern und öffentliche Finanzen in und nach der Pandemie“
- 01.02.22 Rik Steinheuer
Veranstaltung mit Albert Füracker und Clemens Fuest
„Aktuelle finanzpolitische Herausforderungen“
- 08.03.22 Rik Steinheuer
Düsseldorfer Steuerfachtagung
- 01.04.22 Rik Steinheuer
#handwerkumzwoelf mit Mona Neubaur, Landesvorsitzende BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
- 22.04.22 Rik Steinheuer
#handwerkumzwoelf mit Bodo Löttgen, CDU-Fraktionsvorsitzender
- 29.04.22 Rik Steinheuer, Eberhard Kanski
BdSt-Wahlarena
- 17.05.22 Rik Steinheuer, Sabina Büttner
Mündliche Verhandlung
Musterprozess Abwassergebühren
- 23.05.22 Rik Steinheuer
5-jähriges Jubiläum Steuerberaterverband Westfalen-Lippe in Münster
- 21.06.22 Rik Steinheuer
Westfälisch-Lippischer Kammertag Soest

- 23.06.22 Eberhard Kanski
Journalistenakademie „ProContent“ Essen
Verabschiedung Dr. Sabine Roschke
- 23.06.22 Eberhard Kanski
Handwerkskammer Düsseldorf, Sommerfest

Webinare

- 05.01.21 Markus Berkenkopf, Harald Schledorn
Einsparpotenziale bei den Grundbesitzabgaben – Teil 2: So profitieren Sie vom Musterprozess gegen die Abwassergebühren
- 07.01.21 Rik Steinheuer
Wechsel zur gesetzlichen Krankenversicherung für privat versicherte Selbstständige
- 11.01.21 Sabina Zickel
Erben und Vererben Teil 1: Grundzüge des Erbrechts
- 12.01.21 Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel
Corona-Hilfen Update
- 12.01.21 Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld
Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung
- 13.01.21 Markus Berkenkopf, Harald Schledorn
Einsparpotenziale bei den Grundbesitzabgaben – Teil 2: So profitieren Sie vom Musterprozess gegen die Abwassergebühren
- 14.01.21 Sabina Zickel
Erben und Vererben Teil 2: Erbschaftsteuerrechtliche Fragestellungen



18.01.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update	10.02.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update
19.01.21	Hans-Ulrich Liebern Senioren und Steuern	11.02.21	Hans-Mario Zeilmann Digitales Dokumentenmanagement unter Berücksichtigung von Buchführung und Datenschutz
20.01.21	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn Einsparpotenziale bei den Grundbesitz- abgaben – Teil 1: Abfall, Straßenreinigung und Winterdienst	16.02.21	Fabio Pastars Datenschutz, ordnungsgemäße Buch- haltung und Steuerrecht: Wann Sie auf- bewahren oder löschen sollten!
21.01.21	Beate Rech Betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) lesen und verstehen	17.02.21	Hans-Ulrich Liebern Steuererklärung für Senioren
22.01.21	Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung	18.02.21	Bruno Wiessner Digitalisierung im Unternehmen mit Hilfe des Steuerberaters – Verfahrens- dokumentation
25.01.21	Sabina Zickel Vorsorge Teil 1: Vorsorgevollmacht	22.02.21	Sabina Zickel Erben und Vererben Teil 1: Grundzüge des Erbrechts
26.01.21	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn Einsparpotenziale bei den Grundbesitz- abgaben – Teil 2: So profitieren Sie vom Musterprozess gegen die Abwasserge- bühren	23.02.21	Hans-Ulrich Liebern Auto und Steuern
27.01.21	Hans-Ulrich Liebern Aktuelle Steueränderungen für Unternehmer	24.02.21	Sabina Zickel Erben und Vererben Teil 2: Erbschaft- steuerrechtliche Fragestellungen
28.01.21	Sabina Zickel Vorsorge Teil 2: Betreuungs- und Patientenverfügung	25.02.21	Janine Bergendahl, Andrea Defeld Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung
01.02.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update	01.03.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update
02.02.21	Mario Genter Kassensysteme – was müssen sie können?	02.03.21	Hans-Ulrich Liebern Steuererklärung für Arbeitnehmer
03.02.21	Hans-Ulrich Liebern Aktuelle Steueränderungen im Privatbereich	03.03.21	Manuela Zwick Rechnungen richtig schreiben
04.02.21	Martin Keller Unternehmensbewertung und Gestaltung in Corona Zeiten	04.03.21	Martin Keller Unternehmenssteuerung mit Kennzahlen
09.02.21	Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung	08.03.21	Sabina Zickel Vorsorge Teil 1: Die Vorsorgevollmacht
		09.03.21	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn Was Immobilienbesitzer über kommunale Beiträge wissen sollten



10.03.21	Sabina Zickel Vorsorge Teil 2: Betreuungs- und Patientenverfügung	15.04.21	Sabina Zickel Meine erste Steuererklärung
11.03.21	Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung	19.04.21	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn Was Immobilienbesitzer über kommunale Beiträge wissen sollten
15.03.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update	21.04.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update
16.03.21	Mario Genter Rechtliche Anforderungen an Kassensführung und digitale Kassensysteme	21.04.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update
17.03.21	Beate Rech Betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) lesen und verstehen	22.04.21	Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung
18.03.21	Hans-Ulrich Liebern Haus und Steuern	26.04.21	Sabina Zickel Meine erste Steuererklärung
23.03.21	Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung	27.04.21	Hans-Mario Zeilmann Digitales Dokumentenmanagement unter Berücksichtigung von Buchführung und Datenschutz
24.03.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update	28.04.21	Sabina Zickel Vorsorge Teil 1: Die Vorsorgevollmacht
25.03.21	Fabio Pastars Datenschutzpannen – Wie Sie richtig reagieren und dokumentieren!	28.04.21	Rik Steinheuer Wechsel zur gesetzlichen Krankenversicherung für privat versicherte Selbstständige
29.09.21	Sabina Zickel Erben und Vererben Teil 1: Grundzüge des Erbrechts	29.04.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update
31.03.21	Sabina Zickel Erben und Vererben Teil 2: Erbschaftsteuer	03.05.21	Sabina Zickel Vorsorge Teil 2: Betreuungs- und Patientenverfügung
07.04.21	Ulrike Janitz-Seemann Betriebliche Altersversorgung – Grundlagen für Arbeitgeber und Personalverantwortliche	03.05.21	Mario Genter Rechtliche Anforderungen an Kassensführung und digitale Kassensysteme
12.04.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update	04.05.21	Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung
13.04.21	Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung	05.05.21	Hans-Ulrich Liebern Auto und Steuern
		06.05.21	Sabina Zickel Meine erste Steuererklärung



**streng
vertraulich**



10.05.21	Hans-Ulrich Liebern Steuerbegünstigte Zuwendungen an Arbeitnehmer	10.06.21	Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung
11.05.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update	14.06.21	Sabina Zickel Meine erste Steuererklärung
17.05.21	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn Einsparpotenziale bei den Grundbesitzabgaben	15.06.21	Sabina Zickel Erben und Vererben Teil 2: Erbschaftsteuerrechtliche Fragestellungen
18.05.21	Hans-Ulrich Liebern Betriebsprüfung Teil 1: Rechtliche Grundlagen	16.06.21	Beate Rech Betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) lesen und verstehen
19.05.21	Michael Gansen Nachfolgeplanung – steuerrechtliche und gesellschaftsrechtliche Aspekte	17.06.21	Martin Keller Unternehmensbewertung und Gestaltung in Corona-Zeiten
20.05.21	Hans-Ulrich Liebern Betriebsprüfung Teil 2: Prüfungsschwerpunkte	22.06.21	Fabio Pastars Datenschutz, ordnungsgemäße Buchhaltung und Steuerrecht: Wann Sie aufbewahren oder löschen sollten!
25.05.21	Sabina Zickel Meine erste Steuererklärung	23.06.21	Janine Bergendahl, Andrea Defeld Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung
26.05.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update	28.06.21	Sabina Zickel Vorsorge Teil 1: Vorsorgevollmacht
27.05.21	Andrea Defeld, Janine Bergendahl Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung	29.06.21	Sabina Zickel Meine erste Steuererklärung
31.05.21	Hans-Ulrich Liebern Die Anforderungen an ein einfaches und gerechtes Steuersystem	30.06.21	Ulrike Janitz-Seemann Betriebliche Altersversorgung – Grundlagen für Arbeitgeber und Personalverantwortliche
01.06.21	Hans-Ulrich Liebern Haus und Steuern	01.07.21	Sabina Zickel Vorsorge Teil 2: Betreuungs- und Patientenverfügung
01.06.21	Fabio Pastars Datenschutzpannen – Wie Sie richtig reagieren und dokumentieren!	02.07.21	Hans-Ulrich Liebern Steuererklärung für Arbeitnehmer
07.06.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update	05.07.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update
08.06.21	Sabina Zickel Erben und Vererben Teil 1: Grundzüge des Erbrechts	06.07.21	Michael Fülber Investmentfonds – Grundlagen
09.06.21	Christian Kaiser Datensicherheit – die Basisprüfung	07.07.21	Manuela Zwick Rechnungen richtig schreiben



08.07.21	Sabina Zickel Meine erste Steuererklärung	02.08.21	Sabina Zickel Erben und Vererben Teil 1: Grundzüge des Erbrechts
09.07.21	Hans-Ulrich Liebern Steuererklärung für Arbeitnehmer	03.08.21	Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung
12.07.21	Hans-Ulrich Liebern Steuerbescheid verstehen und Einspruchsmöglichkeiten	05.08.21	Sabina Zickel Erben und Vererben Teil 2: Erbchaftsteuerrechtliche Fragestellungen
13.07.21	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn Einsparpotenziale bei den Grundbesitzab- gaben – Teil 1: Abfall, Straßenreinigung und Winterdienst	09.08.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update
14.07.21	Hans-Ulrich Liebern Auto und Steuern	10.08.21	Hans-Ulrich Liebern Steuerbegünstigte Zuwendungen an Arbeitnehmer
15.07.21	Rik Steinheuer Wechsel zur gesetzlichen Kranken- versicherung für privat versicherte Selbstständige	11.08.21	Michael Gansen Nachfolgeplanung – steuerrechtliche und gesellschaftsrechtliche Aspekte
19.07.21	Andrea Defeld, Janine Bergendahl Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung	12.08.21	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn NRW Gebührenvergleich 2021 – Was die Ergebnisse zeigen
20.07.21	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn Einsparpotenziale bei den Grundbesitzab- gaben – Teil 2: Abwasser, Regenwasser	12.08.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Spezial
21.07.21	Hans-Mario Zeilmann Digitales Dokumentenmanagement unter Berücksichtigung von Buchführung und Datenschutz	16.08.21	Sabina Zickel Meine erste Steuererklärung
22.07.21	Hans-Ulrich Liebern Betriebsprüfung Teil 1 : Rechtliche Grundlagen	17.08.21	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn NRW Gebührenvergleich 2021 – Was die Ergebnisse zeigen
26.07.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update	17.08.21	Hans-Ulrich Liebern Steuerbescheid verstehen und Einspruchsmöglichkeiten
27.07.21	Rik Steinheuer Eine steuerzahlerfreundliche Politik für NRW	18.08.21	Bruno Wiessner Einblick in die digitale Zusammenarbeit mit dem Steuerberater
28.07.21	Hans-Ulrich Liebern Betriebsprüfung Teil 2 : Prüfungsschwerpunkte	19.08.21	Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung
29.07.21	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn Was Immobilienbesitzer über kommunale Beiträge wissen sollten	23.08.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update
		24.08.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Hochwasserhilfen NRW – Spezial



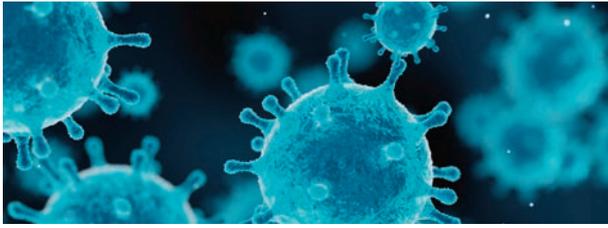
24.08.21	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn Einsparpotentiale Grundbesitzabgaben	17.09.21	Hans-Ulrich Liebern Steuererklärung für Arbeitnehmer
25.08.21	Ulrike Janitz-Seemann Betriebliche Altersversorgung – Grundlagen für Arbeitgeber und Personalverantwortliche	20.09.21	Jens Ammann Förderprogramme – ausgewählte Mög- lichkeiten für Privatpersonen und Unternehmen in NRW
26.08.21	Martin Keller Unternehmen mit Kennzahlen führen	21.09.21	Hans-Mario Zeilmann IT-Voraussetzungen für eine GoBD-konforme Buchführung (IKS)
30.08.21	Sabina Zickel Meine erste Steuererklärung	23.09.21	Martin Keller Preiskalkulation und -verhandlung: Nie mehr unter Wert verkaufen!
31.08.21	Mario Genter Rechtliche Anforderungen an Kassenführung und digitale Kassen- systeme	24.09.21	Hans-Ulrich Liebern Steuerbescheid verstehen und Einspruchs- möglichkeiten
01.09.21	Michael Gansen Existenzgründung	27.09.21	Sabina Zickel Erben und Vererben Teil 1: Grundzüge des Erbrechts
02.09.21	Sabina Zickel Vorsorge Teil 1: Die Vorsorgevollmacht	28.09.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update
06.09.21	Sabina Zickel Vorsorge Teil 2: Betreuungsverfügung und Patientenverfügung	29.09.21	Sabina Zickel Meine erste Steuererklärung
07.09.21	Dr. Ulrike Lehmann Wirtschaft trifft Kunst: Wettbewerbsfähig- keit durch Innovationskraft	29.09.21	Hans-Ulrich Liebern Auto und Steuern
08.09.21	Andrea Defeld, Janine Bergendahl Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung	30.09.21	Hans-Ulrich Liebern Betriebsprüfung Teil 1 : Rechtliche Grundlagen
09.09.21	Fabio Pastars Datenschutzpannen – Wie Sie richtig reagieren und dokumentieren!	04.10.21	Sabina Büttner Erben und Vererben Teil 2: Erbchaftsteuerrechtliche Fragestellungen
13.09.21	Sabina Zickel Meine erste Steuererklärung	06.10.21	Hans-Ulrich Liebern Betriebsprüfung Teil 2: Prüfungsschwerpunkte
14.09.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Zickel Corona-Hilfen Update	07.10.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Soforthilfe spezial
15.09.21	Bruno Wiessner Einblick in die digitale Zusammenarbeit mit dem Steuerberater	07.10.21	Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung
16.09.21	Hans-Ulrich Liebern Haus und Steuern	08.10.21	Sabina Büttner Meine erste Steuererklärung



11.10.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update	05.11.21	Sabina Büttner Vorsorge Teil 1: Die Vorsorgevollmacht
13.10.21	Jens Ammann Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Privatpersonen und Unternehmen in NRW	08.11.21	Sabina Büttner Vorsorge Teil 2: Betreuungs- und Patientenverfügung
14.10.21	Hans-Ulrich Liebern Steuererklärung für Arbeitnehmer	09.11.21	Hans-Ulrich Liebern Steueränderungen 2022
18.10.21	Hans-Ulrich Liebern Steuererklärung für Senioren	10.11.21	Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW
19.10.21	Bruno Wiessner Digitalisierung im Unternehmen mit Hilfe des Steuerberaters – Verfahrensdokumentation	11.11.21	Andrea Defeld, Janine Bergendahl Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW
20.10.21	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn Kommunalen Haushalt verstehen	15.11.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update
21.10.21	Christian Kaiser Datensicherheit – die Basisprüfung!	16.11.21	Fabio Pastars Datenschutzpannen – Wie Sie richtig reagieren und dokumentieren!
22.10.21	Hans-Ulrich Liebern Steuerbescheid verstehen und Einspruchsmöglichkeiten	17.11.21	Manuela Zwick Rechnungen richtig schreiben
25.10.21	Hans-Ulrich Liebern Die Anforderungen an die Steuerpolitik der nächsten Bundesregierung	18.11.21	Beate Rech Betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) lesen und verstehen
26.10.21	Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl Das Schwarzbuch – Die öffentliche Verschwendung	22.11.21	Hans-Ulrich Liebern Haus und Steuern
27.10.21	Sabina Büttner Meine erste Steuererklärung	23.11.21	Andreas Götzke-Pfeil Hausrat- und Wohngebäudeversicherung – Grundwissen
28.10.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update	24.11.21	Sabina Büttner Unternehmensnachfolge rechtzeitig planen
02.11.21	Michael Fülber Investmentfonds – Grundlagen	25.11.21	Ulrike Janitz-Seemann Betriebliche Altersversorgung : Grundlagen für Personalverantwortliche
03.11.21	Christian Kaiser Datenschutz, ordnungsgemäße Buchhaltung und Steuerrecht: Wann Sie aufbewahren oder löschen sollten!	30.11.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update
04.11.21	Martin Keller Unternehmensbewertung und Gestaltung	01.12.21	Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW



02.12.21	Sabina Büttner Erben und Vererben Teil 1: Grundzüge des Erbrechts	11.01.22	Hans-Ulrich Liebern Aktuelle Steueränderungen 2022
06.12.21	Sabina Büttner Erben und Vererben Teil 2: Erbschaftsteuerrechtliche Fragestellungen	12.01.22	Sabina Büttner Erben und Vererben Teil 1: Grundzüge des Erbrechts
07.12.21	Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW	13.01.22	Bruno Wiessner Einblick in die digitale Zusammenarbeit mit dem Steuerberater
08.12.21	Sabina Büttner Unternehmensnachfolge rechtzeitig planen	14.01.22	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn Einsparpotentiale bei Grundbesitzabgaben
09.12.21	Hans-Ulrich Liebern Steueränderungen 2021/2022	17.01.22	Sabina Büttner Erben und Vererben Teil 2: Erbschaftsteuerrechtliche Fragestellungen
13.12.21	Sabina Büttner Vorsorge Teil 1: Die Vorsorgevollmacht	18.01.22	Hans-Ulrich Liebern Steuererklärung für Senioren 2021
13.12.21	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn So profitieren Sie vom Musterprozess gegen die Abwassergebühren	18.01.22	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn So profitieren Sie vom Musterprozess gegen die Abwassergebühren
14.12.21	Jens Ammann Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Privatpersonen und Unternehmen in NRW	19.01.22	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn Einsparpotentiale bei Grundbesitzabgaben
15.12.21	Sabina Büttner Vorsorge Teil 2: Betreuungs- und Patientenverfügung	19.01.22	Michael Gansen Nachfolgeplanung – steuerrechtliche und gesellschaftsrechtliche Aspekte
16.12.21	Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können	20.01.22	Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können
16.12.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update	20.01.22	Martin Keller Preiskalkulation und -verhandlung: Nie mehr unter Wert verkaufen!
20.12.21	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Weihnachten und Steuern	24.01.22	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update
06.01.22	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn So profitieren Sie vom Musterprozess gegen die Abwassergebühren	25.01.22	Mario Genter Anforderungen an Kassenführung und Kassennachschau: Wie vermeiden Sie teure Fehler?
10.01.22	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update	26.01.22	Hans-Ulrich Liebern Aktuelle Steueränderungen 2022



26.01.22	Michael Gansen Existenzgründung	18.02.22	Hans-Ulrich Liebern Senioren und Steuern
27.01.22	Martin Keller Unternehmensbewertung und Gestaltung	21.02.22	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update
28.01.22	Hans-Ulrich Liebern Senioren und Steuern	22.02.22	Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können
01.02.22	Christian Kaiser Datenschutz, ordnungsgemäße Buchhaltung und Steuerrecht: Wann Sie aufbewahren oder löschen sollten!	23.02.22	Hans-Ulrich Liebern Auto und Steuern
02.02.22	Sabina Büttner Wechsel zur gesetzlichen Krankenversicherung für privat versicherte Selbstständige	01.03.22	Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW
03.02.22	Christian Kaiser Datensicherheit – die Basisprüfung!	02.03.22	Hans-Ulrich Liebern Betriebsprüfung Teil 1: Rechtliche Grundlagen
07.02.22	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update	03.03.22	Fabio Pastars Datenschutzpannen – Wie Sie richtig reagieren und dokumentieren!
08.02.22	Hans-Ulrich Liebern Senioren und Steuern	04.03.22	Hans-Ulrich Liebern Steuern und Senioren
09.02.22	Jens Ammann Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Privatpersonen und Unternehmen in NRW	07.03.22	Sabina Büttner Wechsel zur gesetzlichen Krankenversicherung für privat versicherte Selbstständige
10.02.22	Janine Bergendahl, Andrea Defeld Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW	08.03.22	Hans-Ulrich Liebern Steuerbegünstigte Zuwendungen an Arbeitnehmer
11.02.22	Hans-Ulrich Liebern Senioren und Steuern	09.03.22	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update
14.02.22	Sabina Büttner Vorsorge Teil 1: Die Vorsorgevollmacht	10.03.22	Sabina Büttner Das Statusfeststellungsverfahren
15.02.22	Hans-Mario Zeilmann IT-Voraussetzungen für eine GoBD-konforme Buchführung (IKS)	11.03.22	Hans-Ulrich Liebern Senioren und Steuern
16.02.22	Sabina Büttner Vorsorge Teil 2: Betreuungs- und Patientenverfügung	15.03.22	Bruno Wiessner Digitalisierung mit Hilfe des Steuerberaters – Verfahrensdokumentation
17.02.22	Martin Keller Unternehmen mit Kennzahlen führen		



16.03.22	Janine Bergendahl, Andrea Defeld Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können	06.04.22	Jens Ammann Förderprogramme – ausgewählte Mög- lichkeiten für Unternehmen in NRW
17.03.22	Martin Keller Zukunftsperspektive Unternehmenskauf	07.04.22	Jens Ammann Förderprogramme – ausgewählte Mög- lichkeiten für Privathaushalte in NRW
18.03.22	Hans-Ulrich Liebern Betriebsprüfung Teil 2: Prüfungsschwerpunkte	07.04.22	Hans-Ulrich Liebern Steuererklärung für Arbeitnehmer 2021
21.03.22	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update	08.04.22	Sabina Büttner Gesetzliche Krankenversicherung im Rentenalter
22.03.22	Michael Fülber Investmentfonds – Grundlagen	12.04.22	Hans-Ulrich Liebern Steuererklärung für Arbeitnehmer 2021
23.03.22	Beate Rech Betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) lesen und verstehen	20.04.22	Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können
24.03.22	Hans-Mario Zeilmann Digitales Dokumentenmanagement unter Berücksichtigung von Buchführung und Datenschutz	25.04.22	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update
28.03.22	Sabina Büttner Erben und Vererben Teil 1: Grundzüge des Erbrechts	26.04.22	Hans-Ulrich Liebern Haus und Steuern
29.03.22	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn Was Immobilienbesitzer über kommunale Beiträge wissen sollten	27.04.22	Sabina Büttner Meine erste Steuererklärung
30.03.22	Sabina Büttner Das Statusfeststellungsverfahren	28.04.22	Martin Keller Preiskalkulation und -verhandlung: Nie mehr unter Wert verkaufen!
31.03.22	Markus Berkenkopf, Harald Schledorn Was Immobilienbesitzer über kommunale Beiträge wissen sollten	29.04.22	Hans-Ulrich Liebern Steuerbescheid verstehen und Einspruchsmöglichkeiten
01.04.22	Sabina Büttner Erben und Vererben Teil 2: Erbchaftsteuerrechtliche Fragestellungen	02.05.22	Sabina Büttner Vorsorge Teil 1: Die Vorsorgevollmacht
04.04.22	Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW	04.05.22	Manuela Zwick Rechnungen richtig schreiben – der Weg zur digitalen Rechnung
05.04.22	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update	05.05.22	Sabina Büttner Vorsorge Teil 2: Betreuungs- und Patientenverfügung
		07.05.22	Hans-Ulrich Liebern Steuererklärung für Arbeitnehmer 2021



09.05.22	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update	07.06. 22	Sabina Büttner Wechsel zur gesetzlichen Krankenversicherung für privat versicherte Selbständige
10.05.22	Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW	09.06.22	Sabina Büttner Erben und Vererben Teil 1: Grundzüge des Erbrechts
10.05.22	Sabina Büttner Das Statusfeststellungsverfahren: Grundlagen und Neuerungen	13.06.22	Sabina Büttner Erben und Vererben Teil 2: Erbchaftsteuerrechtliche Fragestellungen
11.05.22	Andreas Götzke-Pfeil Hausrat- und Wohngebäudeversicherung – Grundwissen	14.06. 22	Bruno Wiessner Einblick in die digitale Zusammenarbeit mit dem Steuerberater
16.05.22	Sabina Büttner Meine erste Steuererklärung	15.06. 22	Sabina Büttner Das Statusfeststellungsverfahren – Grundlagen und aktuelle Änderungen
17.05.22	Jens Ammann Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Privathaushalte in NRW	20.06. 22	Sabina Büttner Meine erste Steuererklärung
18.05.22	Hans-Ulrich Liebern Steuererklärung für Arbeitnehmer 2021	21.06.22	Bärbel Hildebrand, Janine Bergendahl Einmischen, mitmischen. Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können
19.05.22	Sabina Büttner Gesetzlichen Krankenversicherung im Rentenalter	22.06.22	Jens Ammann Förderprogramme – ausgewählte Möglichkeiten für Unternehmen in NRW
23.05.22	Andrea Defeld, Janine Bergendahl Einmischen, mitmischen: Wie Bürgerinnen und Bürger sich wehren und mitgestalten können	23.06. 22	Hans-Ulrich Liebern Steuererklärung für Arbeitnehmer 2021
24.05.22	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Reform der Grundsteuer in NRW	24.06.22	Hans-Ulrich Liebern Steuererklärung für Senioren 2021
25.05.22	Hans-Ulrich Liebern Steuerbescheid verstehen und Einspruchsmöglichkeiten	27.06.22	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Corona-Hilfen Update
31.05.22	Ulrike Janitz-Seemann Betriebliche Altersversorgung – Grundlagen für Arbeitgeber und Personalverantwortliche	28.06.22	Martin Keller Unternehmensbewertung und Gestaltungsmöglichkeiten
01.06.22	Bärbel Hildebrand, Andrea Defeld Das Schwarzbuch – Die aktuellen Fälle aus NRW	29. 06.22	Hans-Ulrich Liebern Steuerbescheid verstehen und Einspruchsmöglichkeiten
02.06. 22	Hans-Ulrich Liebern Aktuelle Steueränderungen 2022	30.06.22	Hans-Ulrich Liebern, Sabina Büttner Reform der Grundsteuer in NRW